

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Klifringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. Januar 1932.

Int. Insultur
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die blauen Sklareks.

Der Skandal bei der Evangelischen Zentralbank.

SPD. Der Zusammenbruch der Evangelischen Zentralbank wächst sich zu einem der grössten Skandals aus, den wir in den letzten Jahren, die doch reich an Bankaffären waren, erlebt haben. Vorläufig hat der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren gegen die verhafteten Direktoren, die Brüder Runck, wegen Unterschlagung und Betrug eingeleitet.

Der Staatsanwalt wird bei der Zentralbank reichlich Arbeit finden. Es steht fest, dass die beiden Runcks, zwei deutsch-nationale Leuchten, unter dem Mantel der Religiosität gegaunert und betrogen haben; dass ihre "Tätigkeit als Bankiers" den Tatbestand von Dutzenden Paragraphen des Strafgesetzbuches erfüllt. Es ist den beiden Gaunern sogar gelungen, Teile eines Kredits in ihren Taschen verschwinden zu lassen, den die dem deutschen Reich gehörende Bau- und Bodenbank A.G., selbstverständlich mit Genehmigung der Reichsregierung, vor allem des Reichsarbeits- und des Reichsfinanzministeriums, dem Zentralausschuss für Innere Mission zur Verfügung stellte. Es soll sich hier um eine Summe von einer Million Mark handeln. Nach Lage der Dinge wird die Deutsche Bank- und Bodenbank bzw. das Reich kaum einen Schaden erleiden. Denn der Kreditnehmer, der Zentralausschuss für Innere Mission, hat für diesen Kredit gerade zu stehen und verfügt immerhin über Einnahmen, die es zulassen, den Kredit, wenn auch auf lange Zeit verteilt, abzudecken. Leiden wird aber die Wohlfahrtspflege, der natürlich die Gelder, die die Gebrüder Runck für sich verbraucht haben, entzogen werden.

Alles in allem: ein Skandal, der seinesgleichen sucht und der jene Geister kennzeichnet, die so gerne von "roter Korruption" sprechen, die sich als "Marxistentöter" gebärden und das deutsche Volk von "roten Fesseln freimachen" wollen. Die Gebrüder Runck, die jetzt hinter den schwedischen Gardinen sitzen, gehören zur Elite der evangelischen Kirche. Sie haben aus ihrer schwarz-weißen, roten Einstellung niemals ein Hehl gemacht und die rechtsradikale Bewegung finanziell unterstützt. Dass das zu Lasten von Tausenden von Sparern ging, die gerade nicht über Güter verfügen, die die Motten und der Rost fressen, ist eine andere Sache.

Der Ruf der Gebrüder Runck ist nicht der beste und war noch nie der beste. Schon seit Jahren hat die Handelspresse abfällig auf gewisse Aktiengeschäfte verwiesen, die durch die Runcks gemacht worden sind. Aber die Runcks hatten etwas anderes. Sie kannten den Dreh, wie man an die Kreise der evangelischen Kirche herankam. Sie hatten das Salbungsvolle in Ton und Rede, sie vergassen nie, wenn sie Geschäfte machen wollten, den schwarzen Schlips umzubinden und die Maske des religiösen Mannes anzunehmen. So gewannen die Runcks für ihre Bank, die jetzt Pleite gegangene Evangelische Zentralbank, die lange Zeit nichts mit der Inneren Mission zu tun hatte, in den Kreisen der evangelischen Kirche tausende von Sparern, die ihre Notgroschen bei den Runcks anlegten. Die Runcks kauften sich dafür einen Industriekonzern zusammen, Porzellanengesellschaften,

Grundstückskonzerne, Marmeladefabriken usw., und zwar unter Umständen, die mehr als auffällig waren. Das Treiben - und das spielt auch sicherlich in der Frage, wer zuguterletzt verantwortlich ist, hinein - wurde schliesslich so arg, dass in evangelischen Kreisen seinerzeit eine Bewegung entstand, die darauf abzielte, der Evangelischen Zentralbank der Gebrüder Runck die Bezeichnung "Evangelisch" zu nehmen. Wie ist es nun zu dem Zusammenarbeiten zwischen der Evangelischen Zentralbank und der Inneren Mission bzw. der evangelischen Kirche gekommen?

Selbstverständlich sorgten die Gebrüder Runck dafür, dass in ihrem Aufsichtsrat solche Pastoren vertreten waren, die zugleich bei der Inneren Mission herum mimten. Hier wird vor allem Pastor Beutel genannt, der sowohl im Aufsichtsrat bei den Runcks als auch im Aufsichtsrat bei der Inneren Mission sass. Funkam der Zusammenbruch der evangelischen Bausparkonzerne, der Devaheim und der Deuzag. Die Innere Mission geriet in Schwierigkeiten, der Zentrallausschuss der Inneren Mission hatte Bürgschaftsleistungen zu erfüllen und sah sich nach Hilfe um. Hilfe boten die Brüder Runck an, obwohl damals schon feststand, dass sie mit ihren Porzellan-, Marmeladen- und Grundstücksgesellschaften schwer reif gefallen waren und hoffnungslos festsass. Ohne Zweifel sind die Runcks von vornherein darauf ausgegangen, die Innere Mission hereinzulegen. Die Innere Mission sollte ihnen Hilfe bringen. Daran, dass die Runcks der Inneren Mission helfen konnten, war nicht zu denken. Der Zentrallausschuss der Inneren Mission ist wohl anscheinend auf die Offerte der Runcks eingegangen, um die Sorge für die betrogenen Devaheim- und Deuzagsparer loszuwerden. Der eine der Brüder Runck sprang hier ein und organisierte alle möglichen Gebilde u.a. einen Gläubigerausschuss und die Notgemeinschaft der Inneren Mission, der die Sammlung von freiwilligen Gaben anvertraut wurde. Im übrigen erfolgte die Gründung der Allgemeinen Bau- und Zwecksparkasse A.G. durch die Runcks. Das sollte die grosse Aufnahmeorganisation für die Devaheim- und Deuzagsparer sein. Hier passiert nun folgendes Malheur: Aufgrund der Neuregelung bei den Bausparkassen war eine Konzession zu erteilen. Die Allgemeine Bau- und Zwecksparkasse A.G. der Gebrüder Runck versäumte (!) aber den Termin, der für die Einreichung des entsprechenden Konzessionsantrags festgesetzt war. Die Konzession war also nicht zu erhalten. Darauf kauften die Runcks eine kleine Bausparkasse, die Bauhilfe Rat und Tat, die noch nicht einmal über ein Dutzend Mitglieder verfügte und die ihr Dasein im Verborgenen fristete.

Zweifellos hat sich hier eine Bedenklichkeit auf die andere gehäuft. Vor allem ist zu beobachten, dass die Gebrüder Runck unter den betrogenen Devaheim- und Deuzagsparern Propaganda für eine Bausparkasse zu einer Zeit machten, in der sie über keine Bausparkasse verfügten. Das muss der Inneren Mission bekannt gewesen sein. Trotzdem hat man dem einen der Runcks Generalvollmacht erteilt; er hatte mit der Deutschen Bau- und Bodenbank über einen Kredit zu verhandeln, der auf rund acht Millionen Mark begrenzt wurde.

Dieser Kredit sollte die Bank der Gebrüder Runck, die Evangelische Zentralbank, wieder flott machen und zwar geschah das in der Weise, dass die Evangelische Zentralbank aus dem Kredit der Bau- und Bodenbank Gelder nahm und für sich verwandte, die ihr nicht zustanden. Von dem Kredit in Höhe von acht Millionen Mark dürften der Evangelischen Zentralbank rund 1,5 Millionen Mark zugeflossen sein. Man behauptet, dass der Bank aber nur 500 000 Mark zustanden.

Die Affäre der "blauen Sklareks" wirft ein äusserst bedenkliches Licht auf gewisse Kreise der evangelischen Kirche. Sie zeigt, dass sich hier Kirchlichkeit und Religiosität mit hemmungsloser Geschäftemacherei verbinden. Der Staatsanwaltschaft ist jetzt die Aufgabe zugefallen, die Angelegenheit zu klären, nachdem die Affäre der Gebrüder Runck in Kreisen der Wissenden schon seit langem bekannt war. Der Zentrallausschuss für Innere Mission muss von den eigentümlichen Geschäften der Evangelischen Zentralbank und des von ihnen generalbevollmächtigten Runck gewusst haben. Sie hat geschwiegen. Erst der Zusammenbruch der Bank und wahrscheinlich auch das Eingreifen der Bau- und Bodenbank hat die Staatsanwaltschaft auf das Treiben der Brüder Runck aufmerksam gemacht.

SPD. Bukarest, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die rumänische Polizei verhaftete in Konstanza eine von der GPU entsandte Spion- und Terroristengruppe, welche den früheren hohen Sowjetbeamten Arutunow ähnlich wie im Falle Kutepow nach Odessa locken und ermorden sollte. Die Polizei gibt darüber folgende amtliche Darstellung:

Seit kurzem weilte Arutunow in Bukarest unter dem Schutze der rumänischen Polizei, weil er sich von den Agenten der GPU verfolgt sah. Arutunow war bis vor zwei Jahren der Leiter des Geheimdienstes der Sowjetgesandtschaft in Konstantinopel. Verdächtig, mit dem verbannten Trotzki in Verbindung zu stehen, wurde er zurückgerufen. Er verweigerte die Rückkehr und floh nach Brüssel, wo er unter einem Pseudonym zwei Bücher über die Organisation und die Bluttaten der GPU veröffentlichte. Arutunow wurde von der GPU zum Tode verurteilt und sah sich ständig bedroht. Vor einigen Tagen locken ihn Sowjetspitzel unter dem Vorwand, ihnen bei der Flucht einer Russin aus Odessa nach Konstanza behilflich zu sein, nach Rumänien. Arutunow schöpfte jedoch Verdacht und benachrichtigte die rumänische Sicherheitspolizei, die ihn und die Spitzel überwachte. Die Polizei stellte fest, dass Arutunow auf das im Konstanzaer Hafen ankernde vom sowjetrussischen Geheimdienst in Konstantinopel gemietete griechische Schiff "Philomela" verschleppt und nach Odessa gebracht werden sollte. Da die Verschleppung infolge der Wachsamkeit Arutunows nicht gelang, beschloßen die GPU-Agenten, ihn zu ermorden. Die Polizei konnte die Ermordung im letzten Augenblick verhindern und nahm die ganze Bande fest. Darunter befinden sich eine Deutsche, ein Franzose und ein mit der Ermordung beauftragter Bulgare. Ferner wurde die gesamte Besatzung des griechischen Dampfers verhaftet. Da die Bande zahlreiche Telegramme mit Verbindungsleuten in Konstantinopel und Paris gewechselt hat, deren Anschriften festgestellt wurden, ist mit weiteren Verhaftungen im Ausland zu rechnen.

SPD, In dem mitteldeutschen Ort Hohenmölsen, wo die bürgerliche Front kürzlich bei der Stadtverordnetenwahl von der Arbeiterschaft vernichtend geschlagen wurde, ist die Stadtverwaltung trotz dieses Sieges mit Hilfe der Kommunisten an die Faschisten ausgeliefert worden. Der sozialdemokratische Zeitungs "Volksbote" schreibt dazu:

"Um parlamentarische Illusionen zu zerstören, haben die Kommunisten in Hohenmölsen mit den Mitteln politischen Falschspiels den Stadtverordnetenvorsteher und die Magistratsmehrheit dem faschistischen Bürgertum in die Hand gespielt trotz einer nahezu Zweidrittel-Arbeitermehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Damit ist zum 23. Male im hiesigen Unterbezirk der Beweis geliefert, dass die "Einheitsfront"-Parole der Kommunisten nur Lug und Trug ist. Dass die Kommunisten nichts anderes als die Steigbügelhalter der Faschisten sind, indem sie diesen die kommunalen Machtpositionen durch ihr politisches Doppelspiel ausliefern, trotzdem sie tags zuvor in einem lichten Augenblick eingestanden, dass die Durchführung der faschistischen Diktatur zur Vernichtung der Arbeiterklasse führen würde. Aber diese Erkenntnis hindert sie nicht daran, die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Parteiparole als den "Hauptfeind zu bekämpfen" und so die elementarsten Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten. Auf diesen neuesten Schurkenstreich der Kommunisten gebietet proletarische Notwehr den schärfsten Kampf gegen diese Partei des Arbeiterverrats!"

SPD. Hamburg, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Staatsanwalt beantragte am Donnerstag gegen den Bombenattentäter Kaphengst, der sich zurzeit vor dem Altonaer Gericht wegen vollendeten und zweier versuchter Bombenattentate zu verantworten hat, 4 Jahre und 6 Monate

Gefängnis.

Kaphengst hatte sich bisher durch die Flucht nach der Schweiz der gerichtlichen Verantwortung entzogen, sodass ihm erst jetzt der Prozess gemacht werden konnte. Der Angeklagte wird durch die Aussagen in dem grossen Bombenlegerprozess und auch durch die jetzigen Zeugenaussagen stark belastet. Er ist ein typischer Vertreter der Terrorgruppe der Landvolkbewegung. Seine Auffassung bekundete er durch den Ausspruch, dass heute scharfe Mittel notwendig seien, um das Volk von der falschen Politik der Regierung zu überzeugen. Das sogenannte Bombenlegen sei eine belanglose Angelegenheit gegenüber der seelischen Not des deutschen Volkes. Wie "belanglos" aber das Bombenlegen in Wirklichkeit war, ging aus den Äusserungen des Sachverständigen hervor, der erklärte, dass mit den von Kaphengst angefertigten Bomben zwar keine Gebäude hätten eingestürzt werden können, dass sie aber für Menschen, die in der Nähe des Tatorts gewohnt oder in den Häusern, die mit Bomben belegt wurden, gewohnt hätten, sehr gefährlich gewesen seien.

SPD. Die aussenpolitische Aufmerksamkeit des deutschen Volkes wird seit Wochen fast ausschliesslich durch den Kampf um die Reparationslasten in Anspruch genommen. Man blickt auf Paris, auf London, auf Washington, und kümmert sich nur wenig um das, was sonst in der Welt vorgeht. Mittlerweile vollziehen sich aber im Osten Deutschlands Entwicklungen von weittragender Bedeutung. Aus einem kurzen Telegramm aus Helsingfors erfährt man, dass die Verhandlungen zwischen Finnland und der Sowjetunion über den Abschluss eines Nichtangriffspaktes zum Erfolg geführt haben, so dass die Unterzeichnung des Vertrages am Donnerstag erfolgen konnte. Das wäre an sich schon kein unwichtiges Ereignis, denn die Gegensätze zwischen diesen beiden Staaten waren in den Nachkriegsjahren nicht gering und Finnland war lange Zeit im Völkerbund einer der Staaten, die aus Furcht vor einem sowjetrussischen Angriff am eifrigsten für internationale gegenseitige Schutzmassnahmen Propaganda machten.

Aber dieser russisch-finnische Vertrag erhält seine wahre Bedeutung erst dadurch, dass er nur ein Glied in der Kette von neuen Nichtangriffspakten bildet, über deren Abschluss die Sowjetunion seit einigen Monaten mit zahlreichen anderen Staaten, vor allem mit seinen Nachbarn und mit Frankreich, verhandelt. Am gleichen Tage, an dem man die Kunde aus Helsingfors vernahm, erfuhr man aus dem Munde des polnischen Aussenministers Zaleski, der darüber im Sejm-Ausschuss sprach, dass auch die Verhandlungen zwischen Moskau und Warschau günstig stehen und dass mit dem baldigen Abschluss eines polnisch-russischen Nichtangriffsvertrages gerechnet werden könne.

Aus der Vorgeschichte dieser Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau, die bereits vor Jahresfrist einsetzten, muss man schliessen, dass auch zwischen der Sowjetunion und Rumänien die Unterzeichnung eines ähnlichen Vertrages nicht mehr fern sein dürfte. Das ist schon deshalb sehr bemerkenswert, weil seit der Annexion Bessarabiens durch Rumänien, die Russland nie verschmerzt und nie anerkannt hat, offizielle Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten nie aufgenommen wurden; vielmehr galt Rumänien als der unversöhnlichste Nachbar der USSR. Rumänien, das sich wegen des russischen Anspruchs auf Bessarabien ständig bedroht fühlte, suchte Rückendeckung bei Polen, und es kam eine förmliche Militärallianz zwischen diesen beiden Staaten unter Frankreichs Protektorat zustande. Der Abschluss eines Paktes zwischen Moskau und Warschau setzt also ein ähnliches Einverständnis zwischen Moskau und Bukarest voraus, und wiederum sind diese beiden Verträge nur möglich, wenn ihnen Frankreich seine Zustimmung gegeben hat.

Darin liegt die grosse Bedeutung dieser Annäherung zwischen der USSR und ihren westlichen Nachbarn: Frankreich hat das Zustandekommen dieser Nichtangriffspakte nicht nur gefördert, sondern gefordert. Denn es verhandelt seit

geraumer Zeit selbst mit Moskau über einen ähnlichen Vertrag, es liegt sogar schon ein fertiger Entwurf vor, über den sich die beiden Regierungen geeinigt haben, nur wagte das französische Auswärtige Amt angesichts der erbitterten antibolschewistischen Einstellung eines grossen Teils des nationalistischen Bürgertums nicht, sich zu diesem Entwurf offiziell zu bekennen, ihn zu unterschreiben und ihn dem Parlament zu unterbreiten, solange diese Annäherung an Russland als eine Preisgabe der osteuropäischen Bundesgenossen Frankreichs, also Polens und Rumäniens, gedeutet werden konnte. Deshalb hat das französische Auswärtige Amt in den letzten Monaten einen starken moralischen Druck auf Bukarest und Warschau ausgeübt, damit sie sich mit Moskau einigten. Es scheint jetzt, dass diese Bemühungen von Erfolg gekrönt worden sind.

Frankreichs leitender Gedanke ist dabei vor allem, die Sowjetunion von ihren einseitigen Bindungen an Deutschland loszulösen, die auf der französischen öffentlichen Meinung seit jeher wie ein Albdruk lastet. Man ist in Frankreich davon überzeugt, dass Russland der Bundesgenosse Deutschlands bei einem künftigen Krieg wäre, den Deutschland gegen Polen unternehmen würde und in den Frankreich zugunsten seines östlichen Alliierten eingreifen müsste.

Soviel man weiss, soll sich der polnisch-russische Nichtangriffspakt nicht auf eine Garantierung der gegenwärtigen, durch den Versailler Vertrag festgesetzten deutsch-polnischen Grenze erstrecken. Insofern kann sich Moskau Deutschland gegenüber darauf berufen, dass ein solcher Vertrag mit Polen keine völlige Schwenkung der russischen Aussenpolitik in das Lager der Alliierten bedeute. Für diejenigen Kreise in Deutschland aber, die an die bisherigen deutsch-russischen Abmachungen abenteuerliche Zukunftspläne knüpften, die wir immer als gefährliche und verwerfliche Illusionen abgelehnt haben, bedeutet diese neueste Entwicklung der russischen Aussenpolitik eine schmerzliche Enttäuschung. Sie dürfte diese Kreise um so peinlicher berühren, als sie auch der naiven Vorstellung widerspricht, dass Frankreich in der Welt völlig "isoliert" sei. Es zeigt sich vielmehr, dass die französische Diplomatie gerade jetzt viel erfolgreicher operiert als es manche Biertischpolitiker hierzulande wahr haben möchten.

Für die Sowjetunion stellt der Abschluss solcher Nichtangriffsverträge gleichfalls einen bedeutenden moralischen Erfolg dar, besonders am Vorabend der Weltabrüstungskonferenz. Russland, das gegenwärtig ganz durch seinen mit ungeheuren inneren Schwierigkeiten verbundenen wirtschaftlichen Aufbau in Anspruch genommen ist, braucht eine friedliche Stabilisierung seiner aussenpolitischen Beziehungen namentlich zu solchen Ländern wie Rumänien, mit denen es bisher ständig auf halbem Kriegsfuss lebte. Es ist übrigens interessant, dass zur gleichen Zeit Moskau einen Nichtangriffspakt auch Japan vorgeschlagen hat, weil es befürchtet, durch die Ereignisse im Fernen Osten in unabsehbare kriegerische Konflikte verwickelt zu werden; aber bisher hat Japan, dessen Imperialisten sich anscheinend nicht nur mit der Besitzergreifung der südlichen Mandschurei begnügen wollen, sondern ihr Auge auch auf das Gebiet der unter russischer Verwaltung stehenden nordmandschurischen Eisenbahnen gerichtet haben, die russischen Vorschläge abgelehnt.

Wir Sozialdemokraten begrüssen das Zustandekommen aller Nichtangriffsverträge, die die Sowjetunion abschliesst, als eine Sicherung des Weltfriedens. Wir begrünnen diese Verträge um so mehr, als damit das Märchen des "bevorstehenden kapitalistischen Krieges gegen die Sowjetunion", mit dem die Kommunisten seit Jahren die europäische Arbeiterschaft in Erregung zu halten versuchen, sich von selbst erledigt.

SPD. Paris, 21. Jan. (Eig. Drahtb.)

In der Kammer wurde am Donnerstag=Nachmittag die Interpellationsdebatte über die Zusammensetzung und die Aussenpolitik der Regierung fortgesetzt. Das Haus war anfangs mässig besetzt, füllte sich aber allmählich, als der zweite Interpellant, Abg. Forgeot, die Tribüne bestieg.

Der erste Redner der Sitzung, der radikale Abg. Nogaro, erklärte, häufig durch Zwischenrufe unterbrochen, die wichtigste Frage sei, ob die Regierung das Vertrauen des Parlaments habe. Seit dem Rücktritt Poincarés befände man sich einer Ministermannschaft gegenüber, die eine Politik durchgeführt habe, deren Ergebnis man heute sehe: landwirtschaftliche Krise, Finanz- und Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Staatshaushalt mit einem offenen Defizit, leere Staatskasse, Aufhebung des Young=Plans usw. Von dem verblassten Wohlstand bleibe Frankreich nichts anderes als der Ruf übrig, die einzige zahlungsfähige Nation Europas zu sein. (beifall links) Die am dieser Situation Schuldigen nähmen heute die Ehrenplätze ein und die Verantwortlichen sässen in der Regierung. (Grosser Beifall links, Proteste rechts). Wenn die Regierung unter diesen Bedingungen noch eine Mehrheit fände, dann müsse sie unerschöpfliche Quellen an Mut besitzen, falls es nicht Quellen von Furcht und Gleichgültigkeit seien. Man wundere sich darüber, dass die radikale Partei sich geweigert habe, mit den für diesen Zusammenbruch verantwortlichen Männern zusammenzuarbeiten. Mangels einer solchen Zusammenarbeit würde die radikale Fraktion der Regierung eine desinteressierte Unterstützung geben, wenn sich die Regierung in aussenpolitischen Schwierigkeiten befände. Aber auch dazu wäre es noch nötig, dass die Radikalen Vertrauen zu den Männern haben, denen die schwere Aufgabe dieser Politik anvertraut ist. Der Mann aber, der den Friedenswillen Frankreichs verkörpere, sitze nicht mehr in der Regierung. (Grosser Beifall links und in der Mitte.) Es gehöre eine grosse Autorität dazu, einen Mann zu ersetzen, der über ein solches internationales Prestige verfügte. Man müsse einige Beunruhigung darüber empfinden, ob Laval diese Autorität besitze. Die Frage sei also, ob das Parlament die Regierung habe, der sie die Geschicke des Landes anvertrauen könne. Vielleicht werde sich in einigen Stunden eine Mehrheit finden, die diese Frage mit Ja beantwortet. In diesem Falle müsste sich die Mehrheit wenigstens ihrer Verantwortung bewusst sein. (Beifall links)

Der nächste Interpellant war der sozialistische Republikaner Forgeot, einer der besten Redner der Kammer, dessen Ausführungen vom ganzen Hause mit grosser Aufmerksamkeit angehört wurden. Ihn beschäftige eine einzige Frage, erklärte Forgeot: Ist es angesichts der grossen Probleme, denen die Welt gegenübersteht, nicht möglich, eine klare, praktische und einfache Formel für eine französische Lösung zu finden, die jedermann verständlich ist? Das wesentliche Kennzeichen der Weltkrise bestehe darin, dass ihre Wirkungen nacheinander Ursachen werden, die wiederum neue Wirkungen hervorrufen. Deutschland könne seine Reparationszahlungen nur leisten, wenn es genügend produziere. Es sei durch die Krise mehr als andere Länder betroffen, weil es mehr produzieren müsse. Gegenwärtig beherrsche Furcht die ganze Welt. Nur wenn das Vertrauen zurückkehre, könnte die Krise allmählich verschwinden. Welche Vorbedingungen sind für die Rückkehr des Vertrauens erforderlich: eine wesentliche, nämlich die vollständige und wirklich endgültige, einfache und klare Lösung des miteinander verbundenen Problems der Reparationen und Schulden, der Sicherheit und der Abrüstung. Das Recht Frankreichs auf die Reparationen gehe nicht nur auf den Versailler Vertrag zurück, sondern vor allem auf den Young=Plan. Es sei, wie Léon Blum ausgeführt habe, ein öffentliches Recht.

SPD. Braunschweig, 21. Jan. (Eig. Drahtb.)

Vor dem Betrieb der Mühlenbau-A.G. kam es am Mittwoch und Donnerstag zu einem Ueberfall nationalsozialistischer Rowdies auf andersdenkende Arbeiter der Firma.

Die Ursache des Konflikts waren Reibereien dreier nationalsozialistischer Arbeiter mit Arbeitskollegen. Die Nationalsozialisten bestellendaraufhin am Mittwoch und Donnerstag zahlreiche Nationalsozialisten vor die Fabrikpforten. Am Donnerstag beteiligten sich auf beiden Seiten etwa 100 Mann an den Auseinandersetzungen. Aus den Nazikasernen waren alle Hitleranhänger vor den Fabrikbetrieb beordert worden. Im Verlauf der Auseinandersetzung gaben die Nationalsozialisten mehrere Schüsse ab. Ein Jungbannermann wurde angeschossen, sodass er ins Krankenhaus transportiert werden musste. Ausserdem wurde ein Arbeiter durch einen Armschuss verletzt, während zwei Arbeiter mit Eisenstangen niedergeschlagen wurden.

Der Arbeiterschaft hat sich eine grosse Empörung bemächtigt.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags begann am Donnerstag die zweite Beratung des Pensionskürzungsgesetzes. Die Regierung liess erklären, dass ihr am Zustandekommen des Gesetzes viel gelegen sei, weil sonst die ganze Frage nie zur Ruhe komme und weil selbst die durch Notverordnung verfügte Kürzung der Pensionen der Gefahr ausgesetzt sei, durch Gerichtsurteil als rechtswidrig aufgehoben zu werden. Der Ausschuss will daher versuchen, alle diese Bestimmungen der Notverordnung in das neue Gesetz, das einer Zweidrittelmehrheit bedarf, um gegen Anfechtungen auf dem Prozessweg geschützt zu sein, hineinzuarbeiten. Das Zustandekommen des Gesetzes ist aber noch sehr zweifelhaft, da die Nationalsozialisten durch ihr Fernbleiben Sabotage treiben und die übrigen Rechtsparteien sich allen Kürzungsbestrebungen widersetzen.

Der deutschnationale Abgeordnete Laverenz und der Volksparteiler Morath wandten sich übereinstimmend gegen die Beschlüsse der ersten Lesung, durch die angeblich das Pensionsrecht in eine Wohlfahrtsunterstützung umgewandelt werde. Laverenz erklärte weiter, die Deutschnationalen machten eine solche Zertrümmerung des Pensionsrechtes nicht mit.

Abg. Rossmann (Soz) trat den Vorrednern scharf entgegen, mit der Feststellung, dass nur derjenige von einer Wohlfahrtsunterstützung sprechen könne, der keinerlei Änderung wolle. Es handele sich darum, das Pensionsrecht durch Beseitigung grober Auswüchse dem sozialen Empfinden des Volkes anzupassen. Die wohlverworbenen Rechte der grossen Masse der Beamten würden nicht angetastet. Kürzungen der überhöhten Bezüge habe es schon in der Vorkriegszeit gegeben. "Wohlfahrtsunterstützungen" von 10 bis 12 000 Mark würden sich die Massen des Volkes gern gefallen lassen.

Abg. Ersing (Ztr) gab den Deutschnationalen zu bedenken, welche Stimmungen im Volke herrschen. Es sei doch unerhört, wenn ihm ein General schreibe, dass er mit 900 Mark monatlich nicht auskommen könne, zumal er auch "nationale Pflichten" zu erfüllen habe.

Abg. Torgler (Komm) erklärte, die Kommunisten würden ein Gesetz, wie es die bürgerlichen Parteien wünschten, nicht mitmachen.

Abg. Keil (Soz) führte aus: Trotz der grossen Gegensätze, die sich in der ersten Lesung ergeben haben, wollen die Sozialdemokraten an dem Versuch mitwirken, ein Gesetz zu schaffen, das eine sichere Rechtsgrundlage bilde und dem Volksempfinden Rechnung trage. Zur Vermeidung von Missdeutungen gebe die Sozialdemokratie aber folgende Erklärung zu Protokoll:

"Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, dass weder die Notverordnung noch der Gesetzentwurf über die Pensionskürzung den Wünschen der grossen Mehrheit des Volkes entspricht. Wenn die sozialdemokratische Fraktion in der Lage wäre, die Pensionsgesetzgebung nach ihren Auffassungen zu

gestalten, so würde sie in einer Reihe von Einzelfragen über die Regelung hinausgehen, die von der Regierung beabsichtigt ist. Sie würde besonders eine Begrenzung der Pensionen nach oben treffen, die entsprechend der gesteigerten Notlage des Volkes erheblich unter dem Satz von 12 000 Mark im Jahre bleiben würde und das Einkommen des Pensionärs aus anderen Quellen, namentlich auch aus Vermögen, in verstärkter Masse auf die Pension anrechnen.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich jedoch bewusst, dass eine durch die höchsten Gerichte unanfechtbare Neuregelung des Pensionsrechts nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags zu erreichen ist, deren Zustandekommen auf der Grundlage der sozialdemokratischen Auffassung unter den obwaltenden Mehrheitsverhältnissen ausgeschlossen ist. Zu dieser Tatsache trägt namentlich der Umstand bei, dass die Nationalsozialistische Partei, die dem Volke bei jeder Gelegenheit eine radikale Lösung verspricht, sich im Reichstag der Mitarbeit auch bei dieser Frage entzieht und damit praktisch zum wertvollsten Helfershelfer der Grosspensionäre und der Doppelverdiener wird.

Bei dieser Sachlage bleibt der sozialdemokratischen Fraktion nichts anderes übrig, als unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung an einer Lösung mitzuarbeiten, die die verfassungsmässige Mehrheit findet und gleichzeitig die schlimmsten Misstände beseitigt. Ob das gelingt, hängt davon ab, in welchem Umfange die anderen Parteien bereit sind, zu einer solchen Lösung beizutragen. Die sozialdemokratische Fraktion muss sich daher ihre endgültige Stellungnahme zu den gestellten Abänderungsanträgen vorbehalten."

In der komplizierten Einzelberatung wurden im wesentlichen die Beschlüsse erster Lesung durch die knappe Mehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten bestätigt. In einigen Fällen wurde die Mehrheit durch das Zentrum und andere Mittelparteien verstärkt. Besonders erwähnt sei, dass daran festgehalten wurde, dass sonstiges Einkommen schlechtweg, also nicht nur Arbeitseinkommen, auf die Pension angerechnet werden kann. Die Anrechnung soll geschehen, wenn das sonstige Einkommen 4000 Mark jährlich und wenn das gesamte Einkommen einschliesslich Pension 7000 Mark jährlich übersteigt. In diesem Falle kommt vom überschüssenden Pensionsbetrag nur die Hälfte zur Auszahlung. Ueber den absoluten Höchstbetrag der Pension ist noch nicht beschlossen.

SPD. Paris, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Paul Boncour ist zum Delegierten Frankreichs im Völkerbund ernannt worden, da Ministerpräsident Laval nicht in der Lage ist, Paris zu verlassen. Der ständige Delegierte Frankreichs, Briand, kann aus Gesundheitsgründen nicht nach Genf reisen.

SPD. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung über die Deckung des Fehlbetrages im preussischen Etat in Höhe von etwa 150 Millionen Mark haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Von der Reichsregierung ist im Verlauf der Verhandlungen das Verlangen gestellt worden, das Reich stärker an der Preussenkasse, dem Kreditinstitut der landwirtschaftlichen Genossenschaften, zu beteiligen. Im Jahre 1930 ist dem Reich zum ersten Male eine Beteiligung an der Preussenkasse, die bis dahin ausschliesslich im preussischen besetzt war, eingeräumt worden. Gegenwärtig verfügt Preussen über Anteile in Höhe von 125 Millionen Mark, das Reich über solche in Höhe von 50 Millionen und die Genossenschaften über solche in Höhe von 33 Millionen Mark. Da das Reich jetzt die Majorität der Anteile verlangt, müssten ihm weitere 54 Millionen Anteile ausgeliefert werden. In der preussischen Regierung begegnet die Absicht des Reiches sehr grossen Widerständen, da man die Regelung der gegenwärtigen preussischen Finanzschwierig-

keiten nicht mit einer so weittragenden und für die Zukunft bedeutsamen Umgestaltung im landwirtschaftlichen Kreditwesen verknüpfen möchte.

Wie wir erfahren, werden augenblicklich Verhandlungen über die Forderung des Reiches mit Preussen nicht geführt. Die abschliessenden Beratungen des preussischen Kabinetts über den Haushaltsentwurf für 1932 werden erst nach der Rückkehr des augenblicklich beurlaubten Ministerpräsidenten Dr. Braun beendet werden.

SPD. Paris, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Der frühere amerikanische Kriegsminister Davis ist am Donnerstag mit der "Bremen" in Cherbourg eingetroffen. Davis ist vom Präsidenten Hoover mit einer Mission bei der französischen Regierung beauftragt.

SPD. Paris, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Quai d'Orsay bestätigt die Londoner Meldung von der Vertagung der Lausanner Konferenz und erklärt, dass der Beschluss in vollem Einvernehmen mit der französischen Regierung gefasst worden sei, da die Vorverhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen nicht bis zum 25. Januar beendet werden könnten.

SPD. Im Reichsrat erstattete am Donnerstag der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht den Bericht über die Änderungen, die der Reichsetat für 1931 durch die letzten Notverordnungen erfahren hat.

Die Gesamtsumme der Nettoausgaben ist gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag um 1,4 Milliarden, gegenüber den tatsächlichen Ausgaben von 1930 um 2,7 Milliarden herabgesetzt.

Unter den einzelnen Posten, so fuhr Dr. Brecht fort, hat es neuerdings internationale Aufmerksamkeit erregt, dass Deutschlands normaler innerer Schuldendienst nur 500 Millionen Reichsmark beträgt gegen etwa 3 Milliarden Reichsmark in Frankreich und, nach altem Kurs, 6 Milliarden Reichsmark (300 Millionen Pfund Sterling) in England. Man hat es als Vorteil für Deutschland dargestellt, dass Deutschlands gesamte innere Staatsschuld jetzt nur 10 Milliarden Reichsmark gegen 46 Milliarden Reichsmark in Frankreich und 130 Milliarden Reichsmark (6½ Milliarden Pfund Sterling) in England beträgt. Aber man hat vergessen, hinzuzufügen, dass Deutschlands innere Schuld infolge der eigenen Kriegskosten ursprünglich mehr als 130 Milliarden Goldmark betrug, und dass wir gezwungen waren, diese Schuld bis auf 10 Milliarden Reichsmark deshalb zu streichen, weil wir, im Gegensatz zu England und Frankreich, nicht in der Lage waren, aus Steuern jährlich 6 Milliarden oder 3 Milliarden Reichsmark unseren inneren Gläubigern zur Verfügung zustellen. Die Folge ist eine furchtbare Verarmung, Kapitalnot und damit Entwertung aller Anlagen. Von den öffentlichen Abgaben fliesst in England mehr als ein Fünftel, in Frankreich mehr als ein Viertel an die eigenen inneren Gläubiger zurück. Deutschland dagegen hat in den letzten zehn Jahren an Reparationen ans Ausland allein in barem Gelde sechs- bis achtmal soviel gezahlt wie an seine inneren Kriegsgläubiger und viermal soviel wie für den gesamten staatlichen normalen Schuldendienst im Innern, einschliesslich der Nachkriegsschulden.

Dr. Brecht wies dann darauf hin, dass die verschiedenen Steuererhöhungen im Zusammenhang mit dem Rückgang des Aufkommens bei anderen Steuerndie Wirkung gehabt haben, dass die Länder und Gemeinden starke Ausfälle erleiden, während das Reich einigermaßen konstante Einnahmen erzielt, und folgerte hieraus, dass für 1932 eine andere gemeinschaftliche Disposition nötig sei.

Der Einnahmeausfall belastete die Länder und Gemeinden 1931 mit dreiviertel Milliarden im Vergleich mit dem Vorjahr.

Die Ausschüsse des Reichsrats haben im Einklang mit dem Referat Dr. Brechts eine Resolution beschlossen, die die finanzpolitischen Konsequenzen für Reich, Länder und Gemeinden aus diesem Tatbestand zieht. Die Resolution schliesst mit folgenden Forderungen:

"Der Reichsrat ersucht die Reichsregierung, an Stelle der für 1932 für das Reich allein vorgesehenen erhöhten Schuldentilgung in den Reichshaushalt von 1932 für das Reich nur die bereits sehr hohe gesetzliche ausserordentliche Schuldentilgung von zusätzlich 420 Millionen Reichsmark einzustellen und die darüber hinausgehenden Beträge den Ländern und Gemeinden zur Vermeidung oder Deckung von Schulden zuzuweisen, um zu verhindern, dass Länder oder Gemeinden zusammenbrechen, oder dass eine wirtschaftlich untragbare und im Gegensatz zur Preissenkungspolitik stehende Anspannung weiterer Steuern in Ländern und Gemeinden erforderlich wird, noch bevor sich der Erfolg der bisherigen Aktionen auswirken kann."

Die Reichsregierung liess erklären, dass sie angesichts der ungeklärten aussenpolitischen Lage keine Zusagen geben könne.

SPD. Die "Berliner Volkszeitung" hat Mitteilungen über die Vorverhandlungen mit Hitler über die Präsidentenfrage veröffentlicht, die angeblich aus massgeblichen nationalistischen Kreisen stammen. Danach hätte General von Schleicher Verhandlungen mit Epp geführt, wobei Schleicher die Bildung eines Kabinetts Groener-Frick-Schleicher-Hugenberg ins Auge gefasst hätte. Dieser Veröffentlichung setzt das Reichswehrministerium das folgende Dementi entgegen:

"Die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten durch verfassungsänderndes Gesetz sind von den daran beteiligten Stellen des Reichswehrministeriums auf Weisung des Herrn Reichskanzlers und in ständiger Fühlungnahme mit ihm geführt worden. Die in der "Berliner Volkszeitung" wiedergegebenen, angeblich aus nationalistischen Kreisen stammenden Behauptungen sind in vollem Umfange grobe Lügen. Die darin enthaltenen Unterstellungen über die angebliche Rolle des Generals von Schleicher können nur als unsinnige und böswillige Erfindungen bezeichnet werden."

Man erfährt aus diesem Dementi, dass vor der Einladung Hitlers nach Berlin Vorverhandlungen mit Hitler geführt worden sind und dass diese Vorverhandlungen in der Hand des Generals von Schleicher und der beteiligten Stellen des Reichswehrministeriums gelegen haben. Bisher war der Öffentlichkeit versichert worden, dass Schleicher in seinen Besprechungen mit Hitler nur mehr technische Dinge besprochen habe. Man erfährt jetzt, dass in diesen Besprechungen auch Fragen von grosser allgemeiner politischer Bedeutung abgehandelt worden sind. Man hätte annehmen sollen, dass die Vorverhandlungen über die Präsidentenfrage wenn nicht vom Reichsinnenminister Groener selbst, so doch vom Reichsinnenministerium geführt worden wären. Die Einschaltung des Reichswehrministeriums in diesen innenpolitischen Fragenkomplex muss Erstaunen erwecken. Die Antwort der Reichsregierung auf die Denkschrift Hitlers steht immer noch aus. Darf man wenigstens erwarten, dass diese Antwort zugleich volle Klarheit über die gepflogenen Verhandlungen und ihren Inhalt bringen wird?

SPD. An den Universitäten unternehmen die faschistischen Studenten wieder einmal rowdymässige Vorstösse, die deutlich den Beweis erbringen, dass die Universitäten nicht mehr Lehranstalten, sondern nur noch Stätten politischer Nazifrechheit gegen die Regierung sein werden, wenn das Kultusministerium

nicht energisch durchgreift!

An der Universität Halle ist eine neue Aktion der sogenannten deutschen Studentenschaft gegen den Professor Dehn im Gange. Dieser Aktion hat sich ein Teil der Dozenten unter Führung des Professor Boehmer angeschlossen. Der Kultusminister hat den Rektor der Universität nach Berlin beordert. Es sollen energische Massnahmen, unter Umständen die Schliessung der Universität im nächsten Semester geplant sein.

An der Berliner Universität kam es am Donnerstag zu Ruhestörungen und zu einer schweren Schlägerei. Nazistudenten drangen unter dem Rufe "Sa greift an" auf linksstehende Studenten ein und schlugen auf sie ein. Die eingreifenden Professoren und der Rektor wurden von den Nazis niedergebrüllt, Polizei musste eingreifen und die Ruhe wieder herstellen.

SPD. Die Vereinigung "Republikanische Presse" hat am Donnerstag in Berlin zu einem politischen Abend eingeladen. Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung, sowie aller republikanischen Parteien waren der Einladung gefolgt. Von der Reichsregierung war Vizekanzler Dietrich erschienen, neben einer Reihe höherer Beamten der Reichsministerien. Die preussische Regierung war vertreten durch die Minister Severing, Schreiber und Hirtsiefer, sowie durch zahlreiche leitende Beamte. Ausserdem waren die Vorstände der republikanischen Parteien und ihrer parlamentarischen Vertretungen, sowie die führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Presse anwesend.

Im Auftrage des Arbeitsausschusses der Vereinigung "Republikanische Presse" begrüsst Ministerialdirektor Spiecker die Erschienenen. Höchste Aufgabe und Sinn der Vereinigung sei und sei es stets gewesen, sich mit aller Kraft für die Ausgestaltung der Deutschen Republik und des deutschen Volksstaates einzusetzen. Der gesteigerte Kampf aller derer, die die gegenwärtige schwere Krise zum Anlass nehmen, das äussere und innere Ansehen des Staates zu untergraben, zwingt alle staatsbejahenden Kräfte, zu denen sich auch die republikanische Presse zähle, dazu, sich dem Staat zur Verfügung zu stellen und einen geschlossenen Abwehr- und Aufbauwillen zum Ausdruck zu bringen. Der Redner schloss mit dem Gelöbnis, dass die Führer des Staates und die staatstreue Bevölkerung sich auf die republikanische Presse fest verlassen dürften, wenn es gelte für Recht und Freiheit einzustehen und zu kämpfen.

Der Obmann der Vereinigung "Republikanische Presse" für Bayern, Redakteur Groth-München, versicherte im Namen der republikanischen Presse des Reichs, dass auch sie gewillt sei, diesen Kampf für die Republik zu führen.

Der preussische Minister des Inneren Severing dankte im Namen der Reichs- und der preussischen Staatsregierung für die Bereitschaft, die Verantwortlichen durch eine staatsbewusste Presse zu unterstützen und versicherte, dass es stets das Bestrebender Regierungen gewesen sei, ein enges und vertrauensvolles Einvernehmen mit der Presse aufrecht zu erhalten, die über Parteigrenzen hinaus ihr Ziel darin erkannt habe, die aufbauende und festigende Entwicklung des republikanischen Gedankens zur inneren und äusseren Freiheit zu fördern.

SPD. London, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Ausbeutung seines Namens für ihre Reparationspropaganda durch die "Daily Mail" hat Sir Walther Layton veranlasst, dem Chefredakteur des Blattes gegenüber in einem offenen Brief Verwahrung über die Missdeutung seiner Absichten einzulegen. Die "Daily Mail" wirbt für den Gedanken, dass die deutsche Wirtschaft mit einer Reparationsabgabe belastet werden müsse, um der englischen Wirtschaft nicht zu grosse Konkurrenz zu machen. Deshalb sollte eine Reparationszahlung weibehalten werden. Für diese Anschauung wird von

nicht energisch durchgreift!

An der Universität Halle ist eine neue Aktion der sogenannten deutschen Studentenschaft gegen den Professor Dehn im Gange. Dieser Aktion hat sich ein Teil der Dozenten unter Führung des Professor Boehmer angeschlossen. Der Kultusminister hat den Rektor der Universität nach Berlin beordert. Es sollen energische Massnahmen, unter Umständen die Schliessung der Universität im nächsten Semester geplant sein.

An der berliner Universität kam es am Donnerstag zu Ruhestörungen und zu einer schweren Schlägerei. Nazistudenten drangen unter dem Rufe "Sa greift an" auf linksstehende Studenten ein und schlugen auf sie ein. Die eingreifende Professoren und der Rektor wurden von den Nazis niedergebrüllt, Polizei musste eingreifen und die Ruhe wieder herstellen.

SPD. Die Vereinigung "Republikanische Presse" hat am Donnerstag in Berlin zu einem politischen Abend eingeladen. Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung, sowie aller republikanischen Parteien wärender Einladung gefolgt. Von der Reichsregierung war Vizekanzler Dietrich erschienen, neben einer Reihe höherer Beamten der Reichsministerien. Die preussische Regierung war vertreten durch die Minister Severing, Schreiber und Hirtsiefer, sowie durch zahlreiche leitende Beamte. Ausserdem waren die Vorstände der republikanischen Parteien und ihrer parlamentarischen Vertretungen, sowie die führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Presse anwesend.

Im Auftrage des Arbeitsausschusses der Vereinigung "Republikanische Presse" begrüsst Ministerialdirektor Spiecker die Erschienenen. Höchste Aufgabe und Sinn der Vereinigung sei und sei es stets gewesen, sich mit aller Kraft für die Ausgestaltung der Deutschen Republik und des deutschen Volksstaates einzusetzen. Der gesteigerte Kampf aller derer, die die gegenwärtige schwere Krise zum Anlass nehmen, das äussere und innere Ansehen des Staates zu untergraben, zwingt alle staatsbejahenden Kräfte, zu denen sich auch die republikanische Presse zähle, dazu, sich dem Staat zur Verfügung zu stellen und einen geschlossenen Abwehr- und Aufbauwillen zum Ausdruck zu bringen. Der Redner schloss mit dem Gelöbnis, dass die Führer des Staates und die staatsreue Bevölkerung sich auf die republikanische Presse fest verlassen dürften, wenn es gelte für Recht und Freiheit einzustehen und zu kämpfen.

Der Obmann der Vereinigung "Republikanische Presse" für Bayern, Redakteur Groth-München, versicherte im Namen der republikanischen Presse des Reichs, dass auch sie gewillt sei, diesen Kampf für die Republik zu führen.

Der preussische Minister des Inneren Severing dankte im Namen der Reichs- und der preussischen Staatsregierung für die Bereitschaft, die Verantwortlichen durch eine staatsbewusste Presse zu unterstützen und versicherte, dass es stets das Bestrebender Regierungen gewesen sei, ein enges und vertrauensvolles Einvernehmen mit der Presse aufrecht zu erhalten, die über Parteigrenzen hinaus ihr Ziel darin erkannt habe, die aufbauende und festigende Entwicklung des republikanischen Gedankens zur inneren und äusseren Freiheit zu fördern.

SPD. London, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Ausbeutung seines Namens für ihre Reparationspropaganda durch die "Daily Mail" hat Sir Walther Layton veranlasst, dem Chefredakteur des Blattes gegenüber in einem offenen Brief Verwahrung über die Missdeutung seiner Absichten einzulegen. Die "Daily Mail" wirbt für den Gedanken, dass die deutsche Wirtschaft mit einer Reparationsabgabe belastet werden müsse, um der englischen Wirtschaft nicht zu grosse Konkurrenz zu machen. Deshalb sollte eine Reparationszahlung beibehalten werden. Für diese Anschauung wird von

der "Daily Mail" seit Tagen Sir Walther Layton, der englische Experte auf der Baseler Sachverständigenkommission, zitiert. Layton erklärt der "Daily Mail" gegenüber, seine Anschauungen seien der der Zeitung direkt entgegengesetzt. Natürlich fährt die "Daily Mail" mit ihrer Propaganda des Handelsneids, in der sie in Wirklichkeit gegen die englischen Interessen arbeitet, unbekümmert fort.

SPD. London, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Nach langer Krankheit starb am Donnerstag in London L. Strachay, der bekannte englische Historiker und umstrittene Verfasser populärer Biographien. Er wurde 51 Jahre alt. Sein bekanntestes Werk ist die Lebensgeschichte der Königin Viktoria.

SPD. Schwerin, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Wie von einer der Regierung nahestehenden Seite verlautet, werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin am 5. oder 12. Juni stattfinden. Von deutschnationaler Seite wird bekanntgegeben, dass die Deutschnationalen auch in Mecklenburg-Schwerin in Zukunft nur mit eigenen Listen in den Wahlkampf treten werden.

SPD. Schwerin, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Auf einer öffentlichen Versammlung richtete der Gauleiter der mecklenburgischen Nationalsozialisten, der Reichstagsabgeordnete Hildebrandt, ausserordentlich scharfe Angriffe gegen die mecklenburgische Rechtsregierung und den deutschnationalen Führer im mecklenburgischen Landtag Dr. von Oertzen. Hildebrandt warf diesem vor, dass er sich an unsauberen Machenschaften gegen die Nationalsozialisten beteiligt habe. Die mecklenburgischen Nationalsozialisten müssten ihren Kampf hauptsächlich gegen die nationalen Parteien führen und dieser Kampf sei noch schwerer als derjenige gegen die Sozialdemokraten. Hildebrandt, der offenbar vergessen hat, dass seine Partei seit drei Jahren die mecklenburgische Rechtsregierung stützt, behauptet, die Nationalsozialisten würden von der gegenwärtigen Regierung viel schlimmer bekämpft als von der sozialdemokratischen. Während sie von den Sozialdemokraten nicht bespitzelt worden sei, geschehe das heute amtlich. Mit Strafversetzungen, Disziplinarverfahren usw. sei man gegen die Nationalsozialisten in Mecklenburg vorgegangen. Zum Schluss forderte Hildebrandt die Öffentlichkeit auf zum Kampf gegen die "liberalistisch-freimaurerische" Ministerialbürokratie in Mecklenburg-Schwerin.

SPD. Paris, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

In seiner grossen Kammerrede fuhr der Abg. Forgeot fort: Man sei mit Recht darüber emport, dass Frankreich die zwei Milliarden, die ihm nach dem Young-Plan zustehen, opfern solle, um Deutschland zu erlauben, seine Privatschulden zu bezahlen. Aber die Empörung sei keine Lösung. Die Stunde zu einem einfachen und klaren französischen Vorschlag, der in die ganze Welt gerichtet werde, habe jetzt geschlagen. Worin bestehe dieser Vorschlag? Wäre es nicht möglich, ohne unsere Sicherheit zu verringern, an unserem Militärbudget eine Summe einzusparen, die den Young-Planzahlungen entspräche? Läge darin nicht der Versuch einer klugen Lösung? Frankreich müsste sich offen an Amerika das de facto wirtschaftlich und vielleicht auch militärisch den europäischen

Kontinent beherrscht, mit folgendem Vorschlag wenden: Frankreich verzichtet auf sämtliche deutsche Zahlungen gegen Erlass der Schuldzahlungen, Herabsetzung der militärischen Ausgaben um 25 Prozent gegen die Unterschrift Amerikas unter den Garantiepakt von 1919. (Grosser Beifall links und auf einigen Bänken der Mitte, Bewegung rechts.) Die Frage ist natürlich, ob dieser Vorschlag Frankreich und Amerika genehm sei. Was Frankreich betrifft, sei das augenscheinlich. Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, beschränke er, der Redner, sich auf die Feststellung, dass die Politik darin bestehe, zwischen verschiedenen Gefahren zu wählen. Deutschland könne morgen in einem Anfall von Massenwahnsinn Frankreich von neuem überfallen, weil es Frankreich isoliert glaubt. Der beste Schutz gegen eine solche Gefahr bestehe nicht darin, noch mehr zu rüsten, sondern England und Amerika hinter sich zu haben. Für Amerika habe der Vorschlag den Vorteil, dass es der einzige Gläubiger seines grössten wirtschaftlichen Gegners von morgen, Deutschlands, sein würde. Man könne allerdings einwenden, dass Amerika sich stets geweigert habe, den Garantiepakt zu unterzeichnen. Aber seit 13 Jahren habe sich die Lage geändert. England habe das Locarnoabkommen unterzeichnet und Amerika predige heute Europa die Abrüstung. Präsident Hoover habe Frankreich im vergangenen Jahre um seine Unterstützung zugunsten einiger Banken gebeten. Warum solle Frankreich nicht seinerseits Amerika um Unterstützung zugunsten der Menschheit und des Friedens bitten? (Grosser Beifall links.) Ein klares Wort Amerikas würde das Heil für die Welt sein. Frankreich müsse die Initiative zu diesem Vorschlag ergreifen. Es dürfe nicht weiter an einer negativen Politik festhalten. (Grosser Beifall links und auf einigen Bänken der Mitte.)

Es folgt eine Sitzungspause, während derer in den Wandelgängen der Vorschlag Forgeots lebhaft erörtert, aber fast allgemein als undurchführbar bezeichnet wurde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprach der Abgeordnete Dubois von der Fraktion Marin. Er schilderte die Geschichte des Youngplanes und des Hoovermoratoriums und ging auf die Baseler Sachverständigenkonferenz und deren Empfehlungen ein, zu denen die bevorstehende Regierungskonferenz Stellung zu nehmen hat. Ganz Deutschland, so erklärte er weiter, durch eine bewundernswerte Kampagne aufgestachelt, wolle jetzt keinen Pfennig an Reparationen mehr bezahlen. Darauf sei die unbesonnene Erklärung Brünings gegenüber dem englischen Botschafter zurückzuführen. Die Antwort der französischen Regierung darauf sei bekannt (Regierungserklärung vom Dienstag). Er, der Redner, könne die endgültige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands nicht zugeben. Er sei im Prinzip für eine Unterbrechung der Zahlungen während zwei oder drei Jahren gemäss den Bestimmungen des Youngplans, d.h. unter Fortsetzung der Zahlung der ungeschützten Annuitäten. Frankreich könnte dann gegenüber Amerika und England von den Schutzklauseln für die Schuldzahlungen Gebrauch machen, aber es müsste trotzdem die Zinsen für die aufgeschobenen Raten weiterzahlen, die beträchtliche Summen ausmachten. Auf diese Weise würde Frankreich jährlich unter Einrechnung der fehlenden deutschen Zahlungen einen Verlust von 4 Milliarden zu tragen haben. Diese Situation sei natürlich unannehmbar. Andererseits müsse man sich fragen, ob Frankreich noch irgendwelche Mittel zur Verfügung habe, um Deutschland zum Zahlen zu zwingen. Diese Frage unterbreite er der Regierung. (Beifall rechts).

Nach einer Rede des Abg. Autrand (demokratische und soziale Aktion), die eine rein innenpolitische Kampfrede gegen die Sozialisierungsthesen der Sozialisten war, beschloss die Kammer, die Debatte in einer um 9 Uhr beginnenden Nachtsitzung fortzusetzen.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Interessentenmärchen.

SPD. Um die Winterhilfe hat sich ein Kranz von Erzählungen gewoben. In allen deutschen Städten, in Berlin und Frankfurt, Köln und Königsberg, Hamburg und München tauchen diese Erzählungen auf. Es ist immer wieder dieselbe Geschichte: Ein Mann hat der Winterhilfe einen Mantel geschenkt, er entdeckt ihn an einem anderen und erfährt dabei, dass der neue Träger einen ansehnliche Betrag für den Wohltätigkeitsmantel an die Winterhilfe bezahlen musste. Die Erzählung verschiebt sich in den Einzelheiten. Manchmal wird aus dem Mantel ein Anzug, auch die Namen ändern sich; denn es werden auch Namen und manchmal auch Adressen genannt.

Ist es ein Beweis dafür, dass die Winterhilfe die wohltätigen Spender betrügt und die Notleidenden ausbeutet? Keineswegs. Es beweist nur, dass es sich um ein ganz allgemein verbreitetes Gerücht handelt. Denn noch in keinem Falle, in dem ihm nachgegangen wurde, hat sich eine Bestätigung des Gerüchts ergeben. Trotzdem läuft es weiter, es taucht in hunderten von Zeitungen auf, und kürzlich fanden wir es in seinem wesentlichen Inhalt als Witz aufgezogen in einem humoristischen Blatt.

Man mag über die Winterhilfe denken wie man will. Aber das hat sie schliesslich nicht verdient. Wie kommt es, dass ein solches Gerücht entstehen konnte, dass es sich von Mund zu Mund weiterspricht und an allen Orten in genau der gleichen Form in der Presse auftaucht? Es ist das Misstrauen der Armen und Erwerbslosen gegen alles, was private Hilfeleistung ist, das sie geneigt macht, dem Gerücht zu glauben. Ein Misstrauen, das aus dem Gefühl geboren ist, dass Almosen gegeben werden, wo ein Recht zum Fordern vorhanden ist!

Wo ist aber die Quelle dieses am Anfang offensichtlich ganz systematisch verbreiteten Gerüchts zu suchen? Man darf nicht an politische Motive denken, viel eher muss man glauben, dass der Egoismus von Interessenten wirksam ist, die gegen die Tätigkeit der Winterhilfe Sturm laufen, weil sie ihnen das Geschäft verdirbt!

Es gibt solche Gesinnung!

Die Kohlenhändler von Mülheim haben mit Spitzeleien und Angebereien beim Kohlensyndikat zu unterbinden versucht, dass das Karlswerk von Mülheim Briketts zu sehr billigen Preisen abgegeben hat. Sie haben systematisch das Gerücht verbreitet, dass die durch die Wohlfahrt abgegebenen billigeren Briketts in der Qualität schlechter seien und dass billigere Wohlfahrtskohlen nur aus Grus bestünden. Sie haben frei herausgesagt, dass sie erzwingen wollten, dass überall die Händlerpreise eingesetzt werden müssten! Das ist ein Beispiel. Wieviele solcher kleinen und kleinlichen Interessenten wird es in Deutschland geben, die ein einmal umlaufendes Gerücht benutzen, um ihre Geschäftssüppchen daran zu kochen!

Satyrspiel nach der Tragödie.

Der Calmette-Prozess in Lübeck geht dem Ende entgegen. Eine überaus traurige Angelegenheit wird damit ihren Abschluss finden. Der Verlauf des Prozesses hat die Wirkung gehabt, dass die öffentliche Aufmerksamkeit von der wirklichen Tragödie abgelenkt und einigen Figuren aus diesem Prozesse zugewandt worden ist.

Rechtsanwälte und Sachverständige haben redlich dafür gesorgt, dass die stille und grosse Tragödie, der Massentod von Lübecker Kindern im Säuglings-

alter durch ihr Auftreten verdeckt worden ist. Ein Berliner Rechtsanwalt, den es besonders in Lübecker Gaststätten gut gefallen haben muss, hat dort im Gästebuch eine Eintragung hinterlassen, die von einem unglaublichen Zynismus und einem absoluten Mangel an Verständnis für den Ernst dieses Prozesses zeugt.

Zwei Sachverständige von Namen, Professor Hans Much aus Hamburg und Professor Dr. Langstein aus Berlin, haben sich im Gerichtssaal auf das erbittertste beleidigt, als ob sie Studenten im ersten Semester wären.

Professor Much hat zum Ueberfluss noch Beleidigungsklage gegen Professor Langstein erheben lassen, so dass nun in Berlin eine Art von Nachspiel zum Calmette-Prozess sich vollziehen wird.

So ist aus einer wahren Tragödie eine Sensation geworden. Haben die Herren vergessen, was der Ausgangspunkt dieses Prozesses gewesen ist? Halten sie es für nötig, ihr eigenes kleines Format in der Öffentlichkeit vor die Tragödie der Lübecker Kinder zu schieben? Würden sie nicht besser tun, nach ihrem unqualifizierbaren Verhalten im Lübecker Prozess die öffentliche Aufmerksamkeit nicht weiter auf sich zu ziehen?

Der verhinderte Bürger.

Der Hohenzollernspross Prinz Auwi, seit Königsberg auch Auwei genannt, zieht unverdrossen weiter im Lande umher, um nationalsozialistische Propaganda versammlungen abzuhalten. Er hat vor kurzem Thüringen bereist. Jetzt haben ihn seine Prinzipale ins Hannoversche geschickt. Dort stellte er sich vor als einfachen Bürger. Schlicht und einfach erklärte er: Ich gehöre zum Bürgertum, so dass man wahrhaft annehmen musste, es sei ihm sehr peinlich, Prinz Auwi zu heissen.

Diese Erklärung von Hannover ist aber schon in Thüringen etwas lädiert worden. Als Auwi in Weimar sprach, hat er ähnliche Deklamationen von sich gegeben. Das hat das Entzücken aller Weimaraner Spiessbürger erregt. Hier war doch einwirklicher, ein echter Prinz, kein Domela-Prinz, der sich vor sie hinstellt und ihnen schmeichelte mit der Erklärung, er wäre ihresgleichen! Voller Begeisterung beschlossen einige Weimarer Spiessbürger sich mit ihm intimer zu machen. Sie schicken ihm noch während der Versammlung ein Telegramm, in dem sie ihm ihre Ergebenheit zu Füssen legten und ihn um ein gemütliches Zusammensein beim Glase Kulmbacher baten.

Da hätte nun Auwi Gelegenheit gehabt, schlicht und einfach zu zeigen, dass er zum Bürgertum gehört. Wie entzückt wären die Spiessbürger gewesen, wenn Prinz Auwi nicht im vornehmen Hotel "Elephant" zu Weimar, sondern in einer Bierkneipe sich an ihrem Stammtisch niedergelassen hätte. Aber Auwi ist ein Bürger nur auf dem Versammlungspodium! Die Fama sagt, er habe die Einladung zum Kulmbacher Bier wütend zerknüllt und in die Ecke geworfen. Ein Bürger? Ja, aber nur ein verhindertes Bürger!

Vollkommen meschugge.

In der Hakenkreuz-Zeitung "Der eiserne Besen" liest man:
"Der Jude ist der geborene Rasseschänder. Das jüdische Volk ist das Mischprodukt des Auswurfes zahlloser Stämme und vieler Rassen. Verbrecherische Auswürflinge aus den verschiedenen Völkern schlossen sich einst unter der Führung des Gesetzgebers Moses in der Wüste zusammen und bildeten das jüdische Volk. So entwickelte sich durch jahrtausendelange Inzucht eine Kötterrasse, die wir in heutigen Juden vor uns sehen. Dieser wird durch sein Blut und durch die ihm angeborene abnorme Sinnesgier getrieben, nichtjüdische Frauen und Mädchen zu schänden."

Da gibt es nur eins: Schleunigste Behandlung der Verfasser in einer Kaltwasserheilanstalt!

Das Blut

Das Blut.

Professor Reches Entdeckung - Neue Methode der Krankheitserkennung.

SPD. In einem kleinen Laboratorium des von Professor Reche geleiteten Ethnologisch-anthropologischen Instituts der Universität Leipzig wird uns ein merkwürdiges Experiment vorgeführt:

Der Assistent Professor Reches hält ein kleines Regal mit Glasröhrchen in der Hand. In jedem dieser Röhrchen schwimmt eine trübe, gelblich bis rötlich gefärbte Flüssigkeit: Blutserum; das heisst: Blut, aus dem die roten und weissen Körperchen entfernt worden sind. Professor Reche löscht das Licht aus. Ein zweiter Handgriff, und in einem geheimnisvollen Kasten beginnt es zu summen; violettes Licht strömt aus dem Kasten - der Assistent hält das Regal mit den Gläsern in den Lichtkegel. Erstaunt betrachtet man das seltsame Schauspiel, das sich nun bietet; die Flüssigkeit in den Gläsern beginnt in den herrlichsten Farben zu schillern und zu leuchten: blau, grün, gelb, braun, grau - jedes Gläschen hat seinen besonderen Farbton. Es ist, als sei die Flüssigkeit selbst die Quelle dieser wunderschönen Lichteffekte...

Was wir soeben vorgeführt bekamen, war kein Schaustück für genussfreudige Augen, sondern das bedeutsame und für Millionen Menschen vielleicht lebenswichtige Ergebnis jahrelanger wissenschaftlicher Arbeit. Und diejenigen, deren Adern das buntleuchtende Regal mit Blutserum belieferten, sind Kranke, die in Kliniken und Sanatorien ihre Genesung herbeisehnen: der eine leidet an Krebs, der andere an Tuberkulose, der Dritte an Syphilis...

"In Wien hatte ich einmal einen kriminal-anthropologischen Kurs für Polizeibeamte zu halten," erzählt Professor Reche. "Dabei geriet ich zum ersten Mal in nähere Berührung mit Apparaten für ultraviolette Strahlen; sie werden ja in der Kriminalistik vielfach benützt, um Fälschungen nachzuweisen und Erkennungszeichen zu identifizieren, die dem blossen menschlichen Auge verborgen sind. Da kam mir der Gedanke, diese Strahlen auch einmal auf meinem besonderen Forschungsgebiet, der Blutgruppenlehre, anzuwenden. Ich bestrahlte Blutserum mit ultraviolettem Licht. Dabei zeigte sich, dass das Blut verschiedener Menschen meist völlig verschiedene Farben aufweist; es "fluoresziert", es erhält eine eigene Leuchtkraft unter dem Einfluss der ultravioletten Strahlen. Nach vielen Untersuchungen fand ich die Ursache für die Verschiedenheit der auftretenden Farben: der eine Mensch hatte diese Krankheit, der andere jene, der dritte war gesund.

Weiterhin stellte ich fest, dass bestimmte Farben stets derselben Krankheit entsprechen. Am deutlichsten sind Krebs, Syphilis, Gonorrhoe zu erkennen - aber auch Grippe und Rheumatismus, deren Einfluss auf das Blut bisher noch nicht völlig geklärt worden ist. Auch für Tuberkulose gibt es eine bestimmte Fluoreszenzfarbe; meine Erfahrungen bedürfen aber hier noch genauerer Nachprüfung.

All diese Tatsachen wären jedoch nicht erstaunlich, denn es gibt ja genug Möglichkeiten, die Diagnose jener Krankheiten zu stellen. Nun machte ich die merkwürdige Erfahrung, dass oftmals Blutproben "kranke" Farben zeigten, die von angeblich gesunden Menschen stammten; in den Krankenhäusern hatte man jedenfalls nach den bisher üblichen Methoden der Blutuntersuchung nichts feststellen können. Fast glaubte ich, meine Theorie sei ein Irrtum. Da erhielt ich einige Zeit später die Mitteilung, die betreffenden Patienten hätten nun tatsächlich die eindeutigen Symptome jener Krankheiten, die ich schon lange

vorher im ultravioletten Licht erkannt hatte! Das heisst also nicht weniger, als dass das ultraviolette Licht Krankheiten bereits in einem Stadium erkennen lässt, in dem alle anderen Arten der Diagnose noch versagen; übrigens treten auch noch lange nachher, wenn die Krankheit bereits überwunden zu sein scheint, ihre Farbtöne im ultravioletten Licht auf.

Was aus dieser Erkenntnis in der Praxis zu machen ist, liegt auf der Hand. Gerade bei den gefährlichsten Krankheiten wie Krebs, Tuberkulose, Syphilis, Grippe hängt die Heilung vom möglichst frühen Beginn der Behandlung ab und ebenso davon, dass der Arzt den Patienten nicht vor der endgültigen Gesundung entlässt. Es ist wohl nicht allzu sehr übertrieben, wenn man behauptet, dass durch diese neue Art der Krankheitserkenntnis, im Grossen angewandt, Millionen von Menschen Gesundheit und Leben gerettet werden kann!

Sicherlich wird es durch diese Hilfsmethode der Diagnose auch gelingen, einer Reihe von noch unerforschten Krankheiten - man denke nur an den Krebs - näher nachzuspüren. Ferner könnte man daran denken, vor Bluttransfusionen, wie sie oft bei Wöchnerinnen und Blutarmen gemacht werden, den Blutspender zu untersuchen, damit nur einwandfreies Blut übertragen wird. Schliesslich könnte auch die Tiermedizin davon profitieren; bei Tieren ist durch ihr beschränktes Mitteilungsvermögen eine Diagnose meist recht schwer zu stellen.

Wie oft bei neuen Entdeckungen, so hinkt auch hier die Theorie der Praxis nach. Auf welche Weise die Fluoreszenzerscheinungen zustande kommen, kann man nur vermuten. Wahrscheinlich sind es Eiweissveränderungen sowie die Ablagerung von Stoffwechselprodukten der Bakterien, die im ultravioletten Licht ihre typische Farbe erhalten."

+

An die allgemeine Einführung der "Methode Reche" ist freilich vorerst noch nicht zu denken. Denn um das System in allen Teilen zuverlässig auszubauen, sind noch mindestens ein halbes Jahr lang Vorarbeiten zu leisten. Aber selbst die Durchführung dieser Vorarbeiten ist augenblicklich in Frage gestellt, da es unter den heutigen schwierigen Verhältnissen dem Institut an Geld fehlt. Es handelt sich um ein paar tausend Mark... Ela.

+ + +

Sklareks Lehmann. Im Berliner Sklarek-Prozess wurden am Donnerstag die Fälschungen des Sklarekbuchhalters Lehmann erörtert. Die Stadtbank hatte von der Firma Sklarek als Unterlage für die Millionenkredite Vorlegung von Auftragsbestätigungen verlangt. Um dieses Verlangen zu erfüllen, hat Lehmann künstlich solche Auftragsbestätigungen hergestellt und hierbei im Laufe der Jahre 218 Unterschriften verschiedener Magistratsbeamter gefälscht. Lehmann bekannte sich zu diesen Engrosfälschungen. Er erklärte, dass er die Unterschriften der Beamten nach Originalunterschriften durchgepaust habe. - Ferner kam noch zur Sprache, dass die Sklareks eine Bilanz für das Jahr 1925 gefälscht haben. 200 000 Mark sind damals "glatt unter den Tisch gefallen". Aber als der Vorsitzende den Angeklagten Willi Sklarek einer Prüfung über Bilanzkunde unterzog, stellte sich heraus, dass Willi Sklarek keine Ahnung hatte; wenigstens gab er vor, gänzlich unwissend zu sein. Seine Antworten erregten allgemeine Heiterkeit. Als er bat, das Examen abzubrechen, um eine weitere Blamage zu vermeiden, antwortete der Vorsitzende: "Auch Ihre Unkenntnis ist mir wesentlich. Hoffentlich haben Sie nicht mehr nötig, Bilanzen aufzustellen."

+ + +

Neuer Betrugsskandal. Die Berliner Staatsanwaltschaft erliess einen Steckbrief hinter dem nach Italien geflüchteten Berliner Grosskaufmann Karl Scheidemantel. Der Gesuchte, Inhaber einer der grössten Berliner Papierhandlungen, wird beschuldigt, die DD-Bank und andere Gläubiger um Hunderttausende betrogen zu haben. Scheidemantel soll u. a. fingierte Papierbestellungsaufträge bei der DD-Bank eingereicht und daraufhin Geld ausgezahlt erhalten haben.

+ + +

Ein Plädoyer gegen Calmette.

Dr. Wittern glaubt nicht an eine Verwechslung - "Vorsätzliche Körperverletzung"

SPD. Lübeck, 21. Jan. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurde der Calmette-Prozess fortgesetzt. Als erster Vertreter der Nebenkläger hielt Dr. Wittern ein sechsstündiges Plädoyer. Rechtsanwalt Dr. Wittern führte u. a. aus: Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, dass in Lübeck nur eine Verwechslung in Frage kommt. Meiner Meinung nach kann für die Erklärung des Unglücks auch ein Rückschlag des BCG in seine virulente Urform in Betracht kommen. Dr. Altstaedt und Professor Deycke haben sich auf das verlassen, was man allgemein in der Welt sagte. Man sagte, der BCG sei unschädlich. Trat ein Gegner des Calmette-Verfahrens auf, so hiess es vom Pasteur-Institut aus immer: bei seinen Arbeiten müsste ihm ein Versuchsfehler unterlaufen sein, das Calmette-Verfahren sei überall erfolgreich angewandt worden. Der Erfolg steht hier im Saal. Dieser Erfolg hat die Angeklagten auf die Anklagebank gebracht. Und noch einen Angeklagten sehe ich auf der Anklagebank sitzen: das ist das Kind der Zeit, die Oberflächlichkeit, das kritiklose Nachbeten von dem, was andere gesagt haben. Der Deutsche ist von Natur aus gründlich. Ich nehme es ihm übel, dass er auf das Calmette-Verfahren hereingefallen ist. Die Methode Calmettes verstösst, wie Professor Poll ausgeführt hat, gegen die biologischen Grundsätze. Abgeschwächte Eigenschaften sind nicht erbbeständig. Ich sehe die Fahrlässigkeit der Angeklagten Dr. Altstaedt und Professor Deycke darin, dass sie ohne ausreichende Berücksichtigung der Gegner Calmettes sich die Ansicht zu eigen gemacht haben, der BCG sei ein virus fix. So erblicke ich im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft auch in der Einführung des Calmette-Verfahrens eine fahrlässige Handlung.

Dr. Wittern ging dann auf das persönliche Verhältnis zwischen Dr. Altstaedt und Professor Deycke ein. Professor Deycke war der Lehrer Dr. Altstaedts. Als Dr. Altstaedt Physikus in Lübeck wurde, da kam es so, dass der Schüler die Aufsicht über seinen Lehrer zu führen hatte.

R. A. Dr. Wittern fuhr fort: Gleichviel, ob man nun Verwechslung oder Virulenzrückschlag annimmt, in jedem Fall haben Dr. Altstaedt und Professor Deycke schuldhaft gehandelt, in jedem Falle haben sie die Verantwortung zu tragen, dadurch, dass Dr. Altstaedt die Elternschaft ungenau über den Charakter des Calmette-Mittels aufklärte, ja, sie durch geflissentliche Vermeidung des Wortes "Impfung" absichtlich täuschte, hat er sich der vorsätzlichen Körperverletzung mit tödlichem Erfolg schuldig gemacht. (Strafe: Zuchthaus nicht unter drei Jahren oder Gefängnis nicht unter drei Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter drei Monaten.)

Dr. Wittern behandelte dann die Durchführung der Impfungen in Lübeck. Unbedingt hätte man sofort, als sich die ersten auffälligen Krankheitsercheinungen zeigten, die Impfungen einstellen müssen. Nichts zwang ja zur Fortsetzung. Dass dies nicht geschehen sei, sei die Schuld des Angeklagten Professor Klotz. Er müsse daher mit anderem Mass als Dr. Altstaedt und Professor Deycke gemessen werden. "Man sagt, Calmette soll wissenschaftliche Verdienste haben. Ich bin Laie, ich kann das nicht beurteilen. Auf dem Gebiete der Tuberkulose-Schutzimpfung hat er keine Verdienste. Das weiss ich jetzt. Wer jetzt noch das Calmette-Mittel anwendet, tut es auf seine eigene strafrechtliche Gefahr. Er tut es auch dann auf die Gefahr, wegen Mordes angeklagt zu werden".

Am Freitag werden die übrigen Vertreter der Nebenkläger, vor allem Rechtsanwalt Dr. Frey, ihre Plädoyers halten.

Gewerkschaftliche Rundschau

An der Sechsmillionengrenze.

Die neuen Arbeitslosenziffern.

SPD. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat ihren Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Zeit vom 1.-15. Januar veröffentlicht. Er zeigt, dass die grossen Pessimisten, die mit 7 Millionen Arbeitslosen für diesen Winter rechneten, nicht recht behalten werden.

Am 15. Januar waren bei den Arbeitsämtern rund 5 966 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit dem Jahresende belief sich auf annähernd 300 000 gegenüber einer Zunahme um annähernd 320 000 in der vorigen Berichtszeit und gegenüber einer Zunahme von 381 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Seit dem Tiefstand des vergangenen Sommers ist die Arbeitslosenzahl um rund 2 012 000 gestiegen.

Während in den Saisonaussenberufen die Auswirkung der jahreszeitlichen Einflüsse allmählich nachlässt, ist das Tempo der Verschlechterung in den konjunkturrempfindlichen Berufsgruppen wieder rascher geworden. Gegenüber dem letzten Stichtag hat die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonaussenberufen um 4,4 v.H., in den übrigen Berufsgruppen um 5,9 v.H. zugenommen; die Zunahme der Gesamtzahl betrug 5,3 v.H.

In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 136 000 auf rund 1 778 000 (35,9 v.H. der unterstützten Arbeitslosen), in der Krisenfürsorge um rund 41 000 auf rund 1 547 000 (31,3 v.H.). Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen erhöhte sich bis Mitte Januar um rund 63 000 auf rund 1 629 000 (32,8 v.H.)

Der Umfang der Entlassungen in der Landwirtschaft ging naturgemäss zurück, doch wurden noch immer Stammkräfte und Deputatsfamilien freigesetzt. Die Haupttätigkeit in den Forsten hat erneut nachgelassen. Der Belegschaftsabbau im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk, der seit Mitte November fast ganz zum Stillstand gekommen war, hat seit Jahresanfang von neuem eingesetzt; zum 15. Januar wurden etwa 2 000, zum 31. Januar, soweit bisher bekannt, etwa 5 000 Bergarbeiter gekündigt, daneben wurden noch rund 32 000 Peierschichten je Arbeitstag eingelegt. Auch im Braunkohlenbergbau ist die erhoffte Absatzbelebung nicht eingetreten.

Die Einschränkung der deutschen Ausfuhr durch verschärfte Zollmassnahmen und durch die Verschlechterung wichtiger Währungen machte sich immer bedrohlicher fühlbar, so u.a. am Arbeitsmarkt der Spinnstoffindustrie, der metallverarbeitenden Gewerbe, der Glas-, der Porzellan- und der Spielwarenindustrie. Insbesondere haben in allen wichtigen Bezirken die Berufe der Metallverarbeitung eine neue starke Mehrbelastung erfahren. Die entsprechende Entwicklung in der Hütten- und Walzwerkindustrie zeigt sich in Oberschlesien in grösseren Entlassungen neben zunehmender Kurzarbeit, in Westfalen in einer Beschränkung der Arbeitswiederaufnahme nach einer 14-tägigen Kurzarbeiterzahl. Der Arbeitsmarkt im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hat sich in allen Bezirken weiter verschlechtert, jedoch in etwas geringerer Masse als im Vormonat. Einzelne Zweige der Spinnstoffindustrie sind noch immer nicht ungünstig beschäftigt; im ganzen überwogen jedoch die Entlassungen, und auch der Umfang der Kurzarbeit nahm erheblich zu. Besonders schwer betroffen waren die von der Ausfuhr abhängigen Betriebe der Strumpf- und Stoffhandschuhindustrie in Sachsen.

Für das bevorstehende Ostergeschäft erfolgten in der Süsswarenbranche

die ersten Rückrufe und Neueinstellungen. In der Zigarren- und Tabakindustrie scheint die rückläufige Bewegung, bei grossen bezirklichen Unterschieden, nicht weiter anzuhalten. In der Dresdner Zigarettenindustrie waren umfanreiche Vermittlungen möglich.

Das Quartalsende brachte zahlreiche Entlassungen von kaufmännischen, aber auch von technischen Angestellten, ohne dass der Bedarf an Aushilfen für Inventur- und Ausverkaufsarbeiten einen Ausgleich schaffen konnte. Hausangestellte meldeten sich wieder in grösserer Zahl arbeitslos.

In der Seeschifffahrt trat eine weitere Verschlechterung ein. Die Binnenschifffahrt lag fast völlig still. Reichsbahnarbeiter und Arbeitskräfte aus den übrigen Verkehrsgewerben wurden infolge des Rückgangs des Güterverkehrs vielfach entlassen.

+ + +

Hält die Zunahme der Arbeitslosigkeit bis Mitte Februar im gleichen Tempo wie im Vorjahr an - das wäre im Hinblick auf die Entwicklung in der ersten Januar-Hälfte eine vorsichtige Schätzung - dann würden wir bis dahin, d. h. bis zum Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit auf 6,2 Millionen Arbeitslose kommen. Im Vorjahre betrug die Zunahme von Mitte Januar bis Mitte Februar 225 000. So schlimm, wie im vergangenen September der Reichskanzler die Entwicklung beurteilte, liegen die Dinge also nicht, obwohl sie natürlich noch wie vor schlimm genug sind. Immerhin ist angesichts der tatsächlichen Gestaltung des Arbeitsmarktes die Arbeitslosenhilfe nach ihrer finanziellen Seite als gesichert zu betrachten.-

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen liegt mit fast 100 000 über der der Krisenfürsorge. Das sollte erneut den massgebenden Stellen zeigen, dass diese beiden Unterstützungseinrichtungen, die nebeneinander keine Daseinsberechtigung haben, zu der von den Gewerkschaften geforderten Fürsorge umgebaut werden müssen. Das würde auch die Frage des Finanzausgleichs vereinfachen, da eine Reichsarbeitslosenfürsorge den Gemeinden es gestatten würde, ihren Etat weniger konjunkturrempfindlich zu gestalten.

Ein Rätsel ist die im Bericht festgestellte starke Zunahme der konjunkturellen Arbeitslosigkeit. Aus den Exportschwierigkeiten und der Schwächung des Binnenmarktes durch den Lohnabbau ist sie nicht restlos zu erklären.

SPD. Die Notverordnung, die der Rauchtabakarbeiterschaft einen 15-prozentigen Lohnabbau gebracht hat, geht der Firma Martin Brinkmann in Bremen noch nicht weit genug. Sie möchte daher ihren Arbeitern und Arbeiterinnen einen Lohnabbau diktieren, der den Lohnsatz vom 10. Januar 1927 um 4½ bis 20½ Prozent unterschreitet.

Die Belegschaft ist gegenüber dem Vorgehen der Firma aufs äusserste erregt; denn sie will zusammen mit dem Lohnabbaudiktat auch noch Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verbinden. Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und der Betriebsvertretung, zu denen auch die zuständigen Organisationsvertreter hinzugezogen waren, scheiterten an der starren Haltung der Firma.

SPD. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Reform der Sozialversicherung sind allerhand Gerüchte über Rentenabbau in der Invalidenversicherung aufgetaucht. Das gab dem Vorstand des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands Veranlassung, in einem Schreiben an den Reichskanzler die Reichsregierung eindringlichst davor zu warnen, weiter den Weg des sozialen Leistungsabbaus zu gehen.

Die Arbeitsinvaliden, so heisst es in dem Schreiben, seien noch in Erregung über die Verschlechterungen, die ihnen die letzte Notverordnung gebracht habe. Sie müssten geradezu in Verzweiflung getrieben werden, wenn sie dauernd mit der Gefahr einer weiteren Kürzung ihrer Rentenbezüge rechnen müssten. Die Arbeitsinvaliden fühlten sich von der Regierung in starkem Masse zurückgesetzt. Solange den Banken Hunderte von Millionen gegeben würden, solange die Landwirtschaft, insbesondere die Ostelbiens, ebenfalls Hunderte von Millionen erhalte, solange man der Grosslandwirtschaft durch übertriebenen Zollschatz in weitestgehendem Masse helfe, ohne die Interessen des Konsumenten genügend zu berücksichtigen, solange das Reich und die öffentlichen Verwaltungen noch Unsummen ausgeben könnten für Pensionen, und zwar zum Teil weit über das erträgliche Masse hinaus - solange dürfe es niemand wagen, auch nur davon zu reden, den Arbeitsinvaliden eine weitere Schmälerung ihrer Existenz zuzumuten. Die Massnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Zoll- und Subventionspolitik kämen überdies ebenso wie die zum Teil stark übersetzten Pensionen in erster Linie solchen Personen zugute, die sich in einer absolut unsachlichen Bekämpfung der Republik und der Regierung nicht genug tun können. Diesen Kreisen werde dauernd geholfen. Wolle man trotzdem den Arbeitsinvaliden ihre kärgliche Existenz durch neuen Rentenabbau bedrohen? Der Weg des sozialen Leistungsabbaus - so schliesst die an die Reichsregierung gerichtete Warnung - ist zugleich ein Weg zur politischen Katastrophe.

SPD. Die Nazi-Reichsleitung hat vor längerer Zeit in ihrem "Verordnungsblatt" mitgeteilt, dass die Bildung nationalsozialistischer Beamtenverbände grundsätzlich verboten sei, und dass unter dieses Verbot auch als "Fachgruppen"-verschleierte Beamtenverbände fallen. "Im Gau Berlin hat sich," so heisst es im Verordnungsblatt - "eine derartige Fachgruppe "Deutsche Reichsbahn" gebildet, die Rundschreiben an alle Gau-Betriebszellen=Abteilungen versandt hat. Die Versendung derartiger Rundschreiben von Gau zu Gau ist unzulässig. Die genannte Fachgruppe ist inzwischen aufgehoben, die Herausgabe der angekündigten Monatsschrift "Der nationalsozialistische Eisenbahner" verboten worden."

Diese Anweisung soll die Legalitätsbeteuerungen Hitlers decken. Die Nazis glauben, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Beamten hinter Licht führen zu können; denn in Wirklichkeit bestehen bereits zwei, für den Eisenbahnerfang aufgezoogene, Naziverbände. Wenn ihr Einfluss auch gleich Null ist, so sind sie doch trotz aller Legalitätsbeteuerungen und Anordnungen vorhanden. Der eine hat seinen Sitz in Frankfurt a/Main, der andere in Berlin. Jeder verfügt auch über ein Organ.

Die erwähnte Anordnung der Nazi-Reichsleitung wird also nicht befolgt. Entweder versucht die Nazi-Leitung ihren Einbruchversuch in den Reichsbahnbetrieb zu tarnen oder aber die vielgerühmte Führerautorität Hitlers ist nur ein Märchen zum Dummenfang. Wie dem aber auch sein mag: die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Beamten werden den Hitlerbrüdern ihr schmutziges Handwerk legen. Der Anfang dazu ist bereits mit dem Vorstoss der Eisernen Front gemacht.

Wirtschaft Technik Handel

·In die Sackgasse hinein!

Irrwege der deutschen Handelspolitik.

SPD. Die neue Notverordnung, die der Reichsregierung eine Generalermächtigung zur Erhebung von Valutaausgleichszöllen und zur Einführung von Kampfzöllen gibt, und die im Anschluss daran vorgenommene starke Erhöhung der Butterzölle hat in den betroffenen Ländern eine sehr starke Misstimmung hervorgerufen.

In Dänemark wird diese Massnahme als ein schwerer Schlag gegenüber der dänischen Landwirtschaft empfunden und in den Pressekommentaren wird übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, dass sich hieraus ernste handelspolitische Folgen und Schädigungen für den deutschen Export ergeben werden. Auch in anderen Ländern, insbesondere in Holland, ist die Wirkung denkbar ungünstig. Es besteht die ernste Gefahr, dass in Holland die schon bei der ersten Butterzollerhöhung in Gang gebrachte und nur mühselig niedergeschlagene Boykottbewegung gegen deutsche Waren neu entfacht wird.

Man muss sich darüber klar werden, was für Deutschland auf dem Spiel steht wenn durch rücksichtslose zollpolitische Massnahmen die Ausfuhrmöglichkeiten noch weiter verschlechtert werden. Der einzige Lichtblick in dem Dunkel der wirtschaftlichen Katastrophe war bisher die relativ gute Behauptung der deutschen Ausfuhr. Während die industrielle Produktion seit 1928 auf etwa die Hälfte zusammengeschrumpft ist, lag die deutsche Ausfuhr im Jahre 1931 mengenmässig noch annähernd auf dem Niveau des Jahres 1928. Es ist zwar die etwa 10-prozentige Exportsteigerung des Jahres 1929 verlorengegangen, aber insgesamt hat sich die Ausfuhr doch im Vergleich zu den andern Industrieländern viel stärker behaupten können. Die Beschäftigung für den Export hat somit im Rahmen einer gewaltig gedrosselten Gesamtproduktion noch ein viel grösseres Gewicht erhalten, als ihr bereits vor Krisenausbruch zukam. Die Ausfuhrquote der industriellen Produktion, die damals wohl bei 25 bis 30 % gelegen haben dürfte, hat sich inzwischen bis zum Jahre 1931 wohl auf annähernd 40 % erhöht, d.h. dass im abgelaufenen Jahre 40 % der noch in der Industrie beschäftigten Arbeitskräfte, also etwa 3 bis 3½ Millionen Arbeiter und Angestellte, durch Exportaufträge Beschäftigung finden konnten.

Durch die Währungswirren und die zahlreichen neuen Einfuhrerschwerungen ist nun ohnehin die deutsche Ausfuhr stark bedroht. Bei den drakonischen Lohnsenkungsmassnahmen ist betont worden, dass diese Herabdrückung notwendig sei, um im ausländischen Wettbewerb einen Ausgleich für die Entwertung des Pfundes und anderer Währungen zu schaffen. Wir haben diese Auffassung bekämpft, indem wir darauf hinwiesen, dass ein Wettlauf mit dem Währungsfall vergeblich sei. Wenn man über die letzte und die vorangegangenen Lohnsenkungen, überhaupt die gesamte Deflationspolitik, als Anpassungsmassnahmen zur Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und als Ausgleich für die Valutenentwertung gerechtfertigt hat, wie es von der Regierungsseite geschehen ist, so wird man schwerlich mit dieser Argumentation die neue, nunmehr eingeleitete Zollerhöhungswelle in Einklang bringen können.

Wir verkennen nicht, dass auf einzelnen Gebieten die Währungsveränderungen so stark innerwirtschaftlich zurückwirken können, dass man handelspoliti-

tische Ausgleichsmassnahmen wird erörtern müssen. Dann darf dies aber nicht durch eine bruske Zollaufrüstung geschehen, wie im Falle des Butterzolles, wo man nicht bloss hohe Valutazuschläge, sondern ausserdem noch eine Verdoppelung des Zolles vorgenommen hat; man muss vielmehr durch Verhandlungen versuchen, zu einer provisorischen Lösung zu gelangen, die auch den Interessen unserer grossen Kundenländer gerecht wird. Der Weg aber, den die Regierung eingeschlagen hat, führt in eine Sackgasse hinein und muss zur schwersten Beeinträchtigung der deutschen Ausfuhrinteressen führen. Wir müssen ohnehin bereits damit rechnen, dass wir trotz aller Lohn- und Kostensenkungen infolge der neu eingetretenen Handelserschwerungen die Ausfuhr nicht werden voll aufrecht erhalten können; nun aber droht die Gefahr, dass Gegenmassnahmen der deutschen Kundenländer oder auch schon allein die Welle der Verstimmung gegenüber Deutschland den Export noch viel stärker lähmt.

Die Pfundentwertung bietet nun ohnehin einen Anreiz für eine Bevorzugung englischer Industriewaren. England ist aber auch weiterhin der Hauptabnehmer der Agrar- und Industrieerzeugnisse dieser Länder. Wenn nun der deutsche Markt der holländischen oder dänischen Landwirtschaft noch stärker versperrt wird, so wird man es begreifen können, dass in diesen Ländern die Parole "Kauft nur bei unsern Kunden" starken Widerhall findet, und dass in Zukunft nicht bloss vorübergehend, sondern womöglich dauernd, Maschinen oder Textilwaren, die aus England stammen, gegenüber den bisher aus Deutschland bezogenen Lieferungen bevorzugt werden.

Wir sehen die grosse Gefahr, dass der jetzt eingeschlagene Kurs der Zoll-erhöhungen und Valutaausgleichsmassnahmen nicht allein uns die Beschäftigung mit einem Schlag weiter stark verringert, sondern darüber hinaus durch die psychologischen Rückwirkungen Deutschland noch weiter isoliert und die deutsche Stellung im internationalen Wettbewerb zugunsten anderer Länder für dauernd schwer schädigen kann.

Die Regierung trägt also eine schwere Verantwortung. Wir warnen nochmals aufs dringendste vor einer Weiterverfolgung dieser verhängnisvollen Methoden. Der bereits zugefügte Schaden ist gross genug, man sollte schleunigst versuchen, ihn durch Verhandlungen zu reparieren, keinesfalls aber dürfen nun am laufenden Band auf Grund der Ermächtigung Zollezuschläge eingeführt werden, die zu handelspolitischen Komplikationen führen müssen. Auch in der Handelspolitik gibt es nur einen Weg: den der gegenseitigen Rücksichtnahme und der Verständigung.

SPD. Die letzten handelspolitischen Massnahmen der Reichsregierung haben zweifellos die Gefahr handelspolitischer Komplikationen in bedenkliche Nähe gerückt. Vor allem ist unser Verhältnis zu Dänemark und Holland davon bedroht. Wie sich ein zollpolitischer Kampf mit diesen Ländern auf die deutschen Arbeitsmärkte auswirken muss, bedarf wohl keines Hinweises. Eine besondere Gefahr für den deutschen Aussenhandel droht aus der Butterzollerhöhung.

Im letzten Jahrfünft ist in mühseliger Kleinarbeit und dank der erhöhten Leistungstätigkeit der deutschen Industrie ein grosses Absatzterrain im Ausland wieder erobert worden. Die deutsche Wirtschaft hat ihre Stellung im Welt-handel wiedergewonnen. Der Belieferungsanteil Deutschlands hat in diesen Jahren auf den meisten europäischen Absatzmärkten seine Vorkriegshöhe wieder erreicht, teilweise sogar überschritten. Ein paar Zahlen mögen diese erfreuliche Entwicklung beleuchten: Von der Gesamteinfuhr entfielen auf deutsche Warenlieferungen

	1925	1930
in Dänemark	20,3	34,3
in Schweden	26,1	32,1

in Holland	24,2	31,8
in der Schweiz	28,7	27,0.

In allen diesen wichtigen Absatzgebieten, die jetzt von der Butterzollerhöhung schwer betroffen werden, ist also in den letzten Jahren eine starke Erhöhung der deutschen Warenlieferungen erreicht worden, diese Entwicklung ist zum Teil auf Kosten der Konkurrenzländer erfolgt, wie z.B. mit aller Deutlichkeit die Verschiebungen zeigen, die zwischen Deutschland und England hinsichtlich der Belieferung des holländischen Marktes eingetreten sind.

	<u>Einfuhr Hollands</u> in Mill. Gulden	<u>Einfuhr Holland</u> in % der Gesamt- einfuhr
	1925	1930
aus Deutschland	594	768
aus England	392	227
	1925	1930
	24,2	31,7
	16,0	9,3

Die englische Ausfuhr nach Holland ist in diesem Zeitraum um 165 Millionen Gulden oder fast 300 Millionen Mark zurückgegangen, die deutsche Ausfuhr nach Holland ist etwa in gleicher Höhe angestiegen. Wir sind uns darüber klar, dass diese Veränderungen nicht bedeuten, dass englische Waren im gleichen Umfang von deutschen verdrängt wurden; aber immerhin hat sich die Stellung der deutschen Industrie gegenüber der englischen Konkurrenz auf dem holländischen Markt, wie auf zahlreichen anderen Märkten wesentlich stärken können. Alles das wird verloren gehen, wenn die deutsche Zollpolitik sich gebärdet wie der Elefant im Porzellanladen. Die Experimente mit dem Butterzoll eröffnen trübe Aussichten. Es besteht bei einer Fortsetzung dieses verhängnisvollen Kurses nicht bloss die schon an sich furchtbare Gefahr eines neuen grossen Beschäftigungsrückganges, sondern darüber hinaus die eines schwersten dauernden Rückschlages der deutschen Ausfuhrposition überhaupt.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht eine Bilanz der industriellen Produktion für Ende 1931, wonach die gesamte Produktionsgütererzeugung auf den Stand der Jahre 1897/98 und die Verbrauchsgütererzeugung auf den Stand der Jahre 1905/1906 zurückgeworfen ist. Die Verbrauchsgütererzeugung hat danach weniger gelitten als die Erzeugung von Produktionsgütern, Maschinen usw. Unter der Verbrauchsgüterindustrie konnte z.B. die Textilproduktion bei geringen Lägern in Industrie und Handel einen verhältnismässig günstigen Stand behaupten. Die Indexziffer der Textilproduktion, 1928 = 100 gesetzt, betrug im Juni 1931 etwa 87 und lag im November ungefähr bei 91. Dagegen ist die arbeitstägliche Roheisenerzeugung von 19 200 Tonnen im Juni 1921 auf 14 200 im November 1931 und 11 400 Tonnen im Dezember 1931 gesunken, d.h. im Dezember 1931 wurde noch so viel Roheisen produziert wie im Monatsdurchschnitt des Jahres 1888, wobei die Berechnung von dem ehemaligen Reichsgebiet ausgeht.

Die Indexziffer der Produktion, die um Jahremitte 1931, 1928 = 100 gesetzt, noch 74,4 % betragen hatte, sank im November auf 63,8 und dürfte im Dezember höchstens 63 erreicht haben. Im Verlauf des Jahres 1931 hat sich die industrielle Produktion in Deutschland der Menge nach um etwa 12 % vermindert. Noch schärfer war der Rückgang der Produktionswerte. Im Jahresdurchschnitt 1928 wurden monatlich für rund 7 Milliarden Mark Industriewaren erzeugt. Gegen Ende 1931 dürfte der Wert der Monatsproduktion kaum 3,5 Milliarden Mark erreicht haben. Vom Rückgang sind fast alle Zweige der Gütererzeugung erfasst worden. Nach den vorliegenden Unterlagen haben lediglich die deutsche Erdölförderung und die Kupfererzeugung zugenommen. Die bessere Erdölförderung geht auf das Auffinden von neuen reichen Quellen in Thüringen zurück. Die Kupfererzeugung, die ausschliesslich auf die Mansfeld A.G. im Eislebener Bezirk entfällt, erhält durch Preussen und das Reich Subventionen.

SPD. Im überfüllten grossen Schwurgerichtssaal des Landgerichts Halle fand jetzt die angeblich letzte Gläubigerversammlung des "Roten Proviantamts" statt.

Unter diesem roten Proviantamt hat man den Allgemeinen Konsumverein Halle zu verstehen, den die Kommunisten, nachdem sie die Macht in ihm erhalten hatten, schnell und radikal zugrunde richteten. Die Gläubigerversammlung sollte einen Gerichtsbeschluss auf Einstellung des Konkursverfahrens wegen Mangels an Masse erwirken. Der Geschäftsbericht des ehrenamtlich tätigen Konkursverwalters Mandel, der, was einzig dastehen dürfte, fast 3000 Mark eigenes Geld in den Konkurs steckte, um ihn einigermaßen durchzuführen, ergab, dass bisher nur 17 000 Mark aus der Masse gelöst werden konnten. Es seien rund 10 000 Mark erforderlich, um den Konkurs weiterzuführen. Weiter stellte sich heraus, dass einige Werte nicht in richtigen Händen waren; so ist ein wertvolles grösseres Grundstück, in welches noch vor kurzem 18 000 Mark hineingebaut worden sind, auf den Namen des früheren Besitzers eingetragen. Das Ende vom Lied in der Versammlung war, dass sich niemand bereit fand, den Posten eines Konkursverwalters zu übernehmen, der noch 10 000 Mark opfern muss, um den Konkurs durchzuführen. Auch die Gläubigerversammlung lehnte ab, 10 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Es wurde beschlossen, das Gericht zu ersuchen, von einer zwangsweisen Eintreibung der Haftsumme abzusehen, da doch nur Kosten entstehen würden und kaum etwas beizutreiben sei. Das Gericht konnte sich noch nicht entschliessen, die Einstellung des Konkurses zu verkünden, da noch "Sachwerte entdeckt worden seien". Seinen endgültigen Beschluss will das Gericht am 30. Januar mitteilen. Das wird dann der Termin der endgültigen Beerdigung des "Roten Proviantamts" sein.

Dieser kommunistische Skandal beweist, wie es um die Fähigkeiten der Kommunisten bestellt ist und dass sie mit den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft spielen, wenn es in ihre demagogische Politik hineinpasst. Hoffentlich sind die Vorgänge in Halle eine Warnung, damit sich Ähnliches nicht anderswo noch wiederholt.

SPD. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine gibt seinen Umsatz pro Mitglied für den Monat Dezember 1931 mit 6,85 Mark an gegenüber 9,43 Mark im Dezember 1930 und 10,90 Mark im Dezember 1929. Damit ist der Umsatz pro Mitglied im Dezember 1931 ungefähr auf den Stand des Krisenjahres 1926 (Umsatz pro Mitglied im Dezember 1926 = 6,87 Mark) zurückgeworfen worden. Gegenüber dem Dezember 1930 ergibt sich ein Rückgang von 27,4 %, der jedoch nicht mit dem Gesamtumsatz der Konsumgenossenschaften verwechselt werden darf. In den ersten neun Monaten des Jahres 1931 büssten die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1930 rund 11,4 % des gesamten Umsatzes ein. Mit grösster Wahrscheinlichkeit kann man annehmen, dass der konsumgenossenschaftliche Umsatz im Dezember 1931 die Grenze von 20% kaum erreicht, jedenfalls aber nicht wesentlich überschritten haben dürfte. Der starke Umsatzrückgang beweist, dass es Hunderttausenden von Familien nicht mehr möglich ist, den Lebensbedarf zu erschwingen. Immerhin ergeben sich in den einzelnen Gebieten gewisse Abweichungen. Der Umsatzrückgang schwankt z. B. zwischen 15,8 % in Württemberg und 32,7 % in Schlesien. Im Vergleich mit dem Monat November 1931 ist vor allem in den Bezirken des mitteldeutschen, des südwestdeutschen und des thüringischen Verbandes eine Verschlechterung festzustellen.

Roggen 200 Mark.

(Berliner Getreidebörse vom 21. Januar)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag wieder festere Stimmung. Das Angebot an promptem Weizen und Roggen war recht gering, wenn auch die Nachfrage der Mühlen weniger rege war als an den Vortagen, so reichte dennoch das angebotene Material zur Deckung des Bedarfes nicht aus. So kam es, dass wiederum Preissteigerungen von 2 Mark zu verzeichnen waren. Damit hat Roggen wiederum die 200 Mark-Grenze für prompte Ware überschritten. Auch am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Preise in die Höhe und zwar für Weizen um ca. 2 bis 3 und für Roggen um 1 Mark. Das Mehlgeschäft hielt sich in enger Grenzen. Die Nachfrage war nicht gross; jedoch zeigten auch die Mühlen wenig Verkaufsbereitschaft, da sie bei den steigenden Getreidepreisen angeblich nicht auf ihre Rechnung kommen. Hafer hatte gleichfalls festere Stimmung. Es herrschte gebesserte Kauflust. Die Preise konnten auch hier in die Höhe gehen. Für Gerste blieb die Stimmung ruhig. Braugerste war kaum gefragt.

	20. Jan.	21. Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	227 - 229	229 - 231
Roggen	197 - 199	199 - 201
Braugerste	158 - 168	158 - 168
Futter- und Industrierogerste	153 - 158	153 - 158
Hafer	136 - 144	138 - 146
Weizenmehl	27,50 - 31,25	27,75 - 31,50
Roggenmehl	27,00 - 29,25	27,15 - 29,40
Weizenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Roggenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 244 $\frac{3}{4}$ -246 (Vortag 243 $\frac{1}{4}$), Mai 251 $\frac{1}{2}$ -253 $\frac{3}{4}$ (250 $\frac{1}{2}$), Roggen März 211 und Geld (210), Mai 215 $\frac{1}{2}$ (214 $\frac{1}{2}$). Hafer März 159 $\frac{1}{2}$ -161 (157 $\frac{1}{2}$), Mai 167 $\frac{1}{2}$ -166 $\frac{1}{4}$ (165).		

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung vom 21. Januar in Zentnern waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,50 - 1,60, rote Kartoffeln 1,70 - 1,90, Odenwälder Blaue 1,80 - 2,00, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 2,10 - 2,30. Fabrikkartoffeln 8,25 - 9,25 Rpf pro Stärkeprozent.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 21. Januar. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 100, II. 93, abfallende Sorten 83 Mark. Tendenz: fester.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 6.

Berlin, den

21. Januar 1932

Mietersorgen im Altertum.^x

SPD. Die heutigen Gemeinden, vom kleinsten Dorfe bis zur Grosstadt, leiden schwer unter der allgemeinen Wirtschaftskrise, die eine Geldknappheit fühlbarster Art mit sich gebracht hat. Vom Dorfschulzen bis zum Oberbürgermeister ertönt die gleiche Klage, dass unendlich viel zu tun wäre, dass Wohnungen gebaut, Strassen ausgebessert, Schulen errichtet werden müssten - dass aber einfach die Mittel nicht vorhanden wären, die eine Inangriffnahme dieser Arbeiten gestatteten. In den Grosstädten werden zwar grosse Wohnungen von 7 und mehr Zimmern, Riesenbüro- und elegante Ladenräume frei - in Berlin kann man im Westen kilometerweit ganze Häuserfronten mit der Ankündigung "Zu vermieten" antreffen -, aber es fehlt an billigen Klein- und Kleinstwohnungen, die dazu dienen könnten, die Wohnungsnot der grossen Masse endlich wirksam zu beheben. Wohl dehnen sich überall in unsern Grosstädten helle, freundliche Siedelungen, von grünen Rasenplätzen umschlossen, mit Planschbecken, Spieglecken, Spielplätzen für Kinder, auch moderne Neubauten, aber leider kann nur ein winziger Teil derer, für die sie eigentlich gebaut wurden, darin wohnen, denn nur in Ausnahmefällen kann ein Arbeiter die Neubaumiete aufbringen. So wohnen immer noch ungezählte Proletarier in hässlichen Mietskasernen vergangener Zeiten, ohne dass jedoch die Miete dem mehr als bescheidenen Aussehen der engen, unzureichenden Räumlichkeiten entsprechend niedrig wäre.

Es ist ein seltsames Gefühl, mit diesen Gedanken, die der unmittelbarsten Gegenwart entspringen, durch Städte vergangener Jahrhunderte zu wandern. An den herrlichen Palästen Roms, den Prachtbauten Neapels, den Tempeln Pompejis, der ausgegrabenen Totenstadt am Fusse des Vesuvs führt den nachdenklichen Betrachter der Weg vorüber. Von ungeheurer Eindruckskraft, berauscher Schönheit ist auch heute noch der Anblick trotz aller Ruinenhaftigkeit. Hochragende Säulen, Marmortempel von erlesener Harmonie, breite, gewaltige Tore, elegante, ausgedehnte Bäder, Theater von unerhörten Ausmassen - man müsste annehmen, dass diese Städte voll Glanz und Licht, voll Schönheit und erlesener Pracht wahre Wohnparadiese gewesen seien.

Aber jener Amerikaner hatte recht, als er nach einer grossartigen Besichtigungsfahrt durch eine Grosstadt, bei dem ihm alles Sehenswerte gezeigt worden war, darauf bestand, die Stadt "behind the front", hinter der Front, zu sehen. Auch in den eben genannten Städten eines einstigen Weltreiches muss man hinter die glänzende Fassade blicken, bevor man wirklich beurteilen kann, wie die breiten Massen der Bevölkerung gelebt und gewohnt haben. Die uralten, schmalen Gassen des einstigen Rom, durch die heute das Auto nur mit Mühe sich hindurchwindet, die ausgetretenen steinernen Stufen, die zu den dumpfen, schmutzigen Strassen der Altstadt Neapels führen, die winzigen Gassen und Seitengässchen Pompejis - sie geben schon ein deutlicheres Bild, einen tieferen Einblick. Hinter der schönen Aussenseite steigt eine andre Welt auf, eine Wirklichkeit, die immer plastischere Formen annimmt. Das sind diese Wohnviertel im Stadttinnern, in denen die arbeitende Bevölkerung zusammengepfercht in schlecht gebauten, dem Feuer und dem Einsturz leicht preisgegebenen Mietskasernen wohnte; das sind die Strassenzüge, die oft einem einzigen Vertreter des Grosskapitals gehörten, der die Hälfte des Einkommens seiner Mieter als Wu-

cherzins erpresste. Das sind die 3 bis 4 Meter breiten Gassen, von denen uns antike Schriftsteller erzählen, und hinter dieser ärmlichen Strassenfront türmten sich Häuser auf von 6 und 7, ja, von 8 Stockwerken, mit Vorder- und Hinterhäusern, mit Keller- und Dachwohnungen. Je stärker der Zuzug vom Lande wurde, jemehr bevölkert die Grosstadt war, umso erschreckender wirkten sich die Wohnverhältnisse aus. Es gab keine öffentlichen Verkehrsmittel wie heute; es war also sehr zeitraubend und unbequem, aus dem Zentrum der Stadt an die Peripherie zu kommen. Nur reiche Villenbesitzer, die sich in der Sänfte tragen liessen, wohnten deshalb abseits des städtischen Getriebes - die breite Masse aber, Arbeiter, Handwerker, kleine Kaufleute wohnten im Geschäftsviertel, im Zentrum, in Hofhäusern, in denen man ungezählte Treppen erklimmen musste, in Wohnlöchern, deren Miete immer höher stieg, je grösser der Wert der Grundstücke und Häuser wurde. Es war keine Seltenheit, dass eine Wohnung von Zimmer und Küche 2 000 Sesterzen (1 Sesterz = 22 Pfennig in Goldwährung), also etwa 440 Mark Jahresmiete kostete. Die Häuser waren schlecht gebaut, denn die gesamte Wohnungswirtschaft stand unter dem Zeichen schrankenlosen Profits. Das römische Gesetz war ganz und gar für die Besitzenden gemacht, und der Mieter hatte in jedem Streitfall unrecht. So war selbstverständlich auch der Fall nicht vorgesehen, dass in diesen rasch und billig gebauten Häusern Reparaturen ausgeführt werden mussten, denn es galt als ganz natürlich, dass der Mieter aus eigener Tasche die Räume herrichten mussten. Der Hausherr hatte nichts weiter zu tun, als die Miete einzustecken und im übrigen so geschickt als möglich zu spekulieren, Grundstücke und Häuser zu kaufen und zu verkaufen. Kein Wunder, dass die Erbitterung immer grösser wurde, in dem Masse, in dem das Elend, die Obdachlosigkeit, die Wachermiete stiegen, dass die Geburtenziffer sank, dass Krankheiten immer furchtbarer wüteten. Die einstmals uneinnehmbaren Mauern des römischen Weltreiches waren unterhöhlt. Ueberall bröckelte und wankte der Stein, bis ein Weltensturm den Staub des Imperiums in alle Himmelsrichtungen verwehte.-

Bis zum heutigen Tage ist das Wohnproblem der arbeitenden Bevölkerung eine der Kernfragen unsrer Wirtschaftspolitik geblieben. Gewiss ist das heutige Mietsrecht nicht mit dem Gesetz des alten Rom zu vergleichen, und selbst die Wohnverhältnisse unsrer Grosstädte zeigen bei aller Unzulänglichkeit den grossen Fortschritt, der zweifellos zugunsten der breiten Massen zu verzeichnen ist. Aber noch immer besitzen wir kein wirklich soziales Mietrecht, und das Vorbild Wiens wartet in der ganzen Welt auf Nachahmung.

-S.

Gustav Adolfs Tochter.^x

SPD. Als der Schwedenkönig Gustav Adolf vor nahezu dreihundert Jahren unter den Schüssen und Pferdehufen der Wallensteinschen Kürassiere bei Lützen elend zugrunde gegangen war, hinterliess er neben seiner Witwe ein sechsjähriges Töchterchen. Diese Tochter - Christine mit Namen - hatte er zwei Jahre zuvor, am Tage vor seiner Abreise in den Krieg, auf den Arm genommen und sie in feierlicher Pose den schwedischen Reichsständen als seinen Thronerben ans Herz gelegt. Aber wie angeblich die Wege Gottes, so wurden auch die der Tochter dieses "Glaubensstreiters" wunderbar. Und am allerwenigsten wurde Christine ein Mehrer des Reichs oder gar des protestantischen Glaubens. Im Gegenteil, sie flüchtete - o Ironie der Geschichte! - in die Arme des Papstes und wurde als gute Katholikin nach ihrem Lebensende in der Peterskirche in Rom beigesetzt.

Die Geschichte der "tollen Christine" ist sehr interessant. Ein gutes

Jahrzehnt nach ihres Vaters Tode übergab ihr der berühmte Kanzler Oxenstjerna die Regierung des Landes. Obwohl Christine nach allen Möglichkeiten jener Zeit vorgebildet und durchaus begabt war, mochte ihr die geruhssame Kunst der Staatsführung nicht liegen. Uninteressiert an dieser ihrer politischen Aufgabe liess sie den Adel herrschen, benachteiligte Bürger und Bauern und schwelgte schliesslich in einem grossen Schuldenmachen. Ihr von den Ständen zugemutete Ehefesseln waren der flotten Christine absolut zuwider; sie verzichtete im zehnten Jahre ihrer Regierung zugunsten ihres Veters Karl auf alle Thronrechte, liess sich in finanzieller Hinsicht grossartig und sicher ausstatten und beschloss nun, ihr Leben auf ihre Weise aufs nachhaltigste zu geniessen.

Zuerst kam ein grosser Flug in die Welt. Nach Reisen in Dänemark und Deutschland liess sich die Tochter des angeblichen Vorkämpfers des Protestantismus in Brüssel umtaufen und zur Katholikin machen. Das geschah zwar erst heimlich, doch bald darauf traf Christine nochmals in der Hofkirche zu Innsbruck in Tirol mit lauter Gebärde zum katholischen Glauben über. Naturgemäss war dieser Schritt eine sensationelle Angelegenheit, die ganz besonders in ihrer schwedischen Heimat aufs peinlichste empfunden wurde. Der tollen Christine machte das freilich nichts aus; in grosser Aufmachung zog sie als Schwedenkönigin in Rom ein, in entsprechender Weise vom Papste begrüsst und empfangen. Der Papst setzte der trotz überreicher Geldmittel immer in Schulden steckenden "jüngsten Tochter der alleinseligmachenden Kirche" auch eine sie begönnernde Pension aus. Obwohl aber Christine in Rom allen Luxus und alle Zerstreungen um sich sah, war sie doch viel zu flatterhaft, viel zu weltlustern, um etwa ihr Leben dort beschliessen zu wollen. Fürs erste leistete sie sich eine grosse Reise nach Frankreich. Hier gab es einen Skandal, der als eine neue Sensation der tollen Christine durch ganz Europa lief. Die verschwen- derische und ausschweifende Frau reiste nämlich mit ihrem ständigen Hofstaat. In diesem befand sich auch ihr Stallmeister, ein Graf Monaldeschi. Den Grafen nun liess Christine eines Tages in Frankreich hinrichten. Durch ein eigenes Gericht, das sich die feudale Ausländerin damals leisten konnte. (Heinrich Laube hat diesen Stoff in seinem Trauerspiel "Monaldeschi" behandelt). Warum diese Schreckenstat erfolgte, ist geschichtlich nicht ganz einwandfrei festgestellt; allgemein nimmt man an, dass es eine Eifersuchtstat der leidenschaftlichen-fanatischen Frau war. Eine Bettgeschichte, wie sie bei der dem Leben und der Liebe hingeebenen Tochter Gustav Adolfs nicht selten waren. In der Oeffentlichkeit machte die Ruchlosigkeit der Fremden viel böses Blut. Wo sie sich auf der Strasse sehen liess, sang das Volk Spottlieder. Auch sonstigen Belästigungen war die Abenteurerin ausgesetzt, sodass sie es für geraten hielt, aus Frankreich zu verschwinden und nach Rom zurückzukehren.

Nach einer Reihe weiterer Irrfahrten traf Christine eines Tages plötzlich wieder in Schweden ein. Dort war König Karl X. gestorben (1660), und trotzdem ein für den Thron bestimmter Prinz da war, glaubte Christine doch wieder Ansprüche erheben zu sollen. Doch das über ihr Treiben aufgebrachte Volk empfing sie mit Nichtachtung. Der schwedische Reichstag wies die Katholikin ab und riet ihr, zum Papste zurückzukehren. Das brachte die erst Fünfunddreissigjährige in rasende Wut; sie schmähte das schwedische Volk und seinen Glauben und erhielt von den Behörden den Rat, möglichst bald auf Nimmerwiedersehen nach Rom abzureisen. Das hat die lebensfrohe, temperamentvolle Frau denn auch getan.

Im Schutze des Vatikans, ihren künstlerischen Sammlungen und ihren leiblichen Genüssen lebend, verbrachte die Tochter Gustav Adolfs hier die letzten zwei Jahrzehnte ihres Lebens. Sie führte ein grosses Haus und sah viele Gäste bei sich. Im April 1689 starb sie dreiundsechszigjährig. Zwei Tage darauf ward sie in der Peterskirche beigesetzt.

Wie wenig waren in dieser Frau die Hoffnungen ihres Vaters in Erfüllung gegangen! Die Hoffnungen Gustav Adolfs, von dem kein Geringerer als Schiller

gesagt hat, das Beste, was dieser Schwedenkönig für das deutsche Volk tun konnte, den grössten Dienst, den er der Freiheit des damaligen deutschen Reiches erweisen konnte, war: zu - sterben.

J.Kliche.

Schlaflosigkeit.^x

SPD. In unsrer nervenzerrüttenden Zeit klagen viele Menschen aus den verschiedensten Berufen über Schlaflosigkeit. Die dauernden Aufregungen und Sorgen des Lebens verhindern, dass Geist und Körper zur Ruhe kommen, und selbst wenn Sorgen und Arbeit des Tages lange verklungen sind, wenn der gehetzte Mensch sich ins Bett begeben hat, flieht ihn der Schlaf. Der Ausdruck Schlaflosigkeit ist eigentlich nicht richtig gewählt, denn schlaflos im wahren Sinne des Wortes sind die betreffenden Menschen ja garnicht. Es handelt sich bei ihnen nur um einen sehr verkürzten Schlaf oder um Aufschrecken und Unruhe während des Schlafens oder um die Verhinderung am Einschlafen. Jeder, dessen Schlaf gestört ist, sollte, ehe er zum Arzte geht, auf jeden Fall durch Selbstbehandlung sich zum Schlafen zu zwingen suchen. Das ist garnicht so unmöglich, wie viele Menschen glauben. Wer genau weiss, was ihn beunruhigt, wer unter einem Ueberfluten der Gedanken gerade kurz nach dem Zubettgehen leidet, der sollte erst einmal versuchen, sich etwa durch Zählen von 1 bis 50 vorwärts und rückwärts tatsächlich auf die Zahlen zu konzentrieren oder vielleicht sich die Häuser der Strasse vorzustellen, Haus für Haus, Laden für Laden, durch die er täglich geht, um nach seiner Wohnung zu gelangen. Sehr wirksam ist es auch, wenn man über einen Plan nachdenkt, den man gern durchführen möchte, und dabei alle Widerstände leicht übergeht, sich in die frohe Situation hineindenkt, in der man nach seiner Verwirklichung sein würde.

Man darf sicher auch die Situation nicht verkennen, in denen Sorge gleichsam ein schwarzes Tuch über uns deckt, kein lichter Gedanke aufkommen will, alles grau in grau erscheint. Da dürfen wir nur nicht übersehen, dass eben infolge von ungenügendem Schlaf seelische und körperliche Kräfte in höchstem Masse verbraucht werden. In solchem Falle ist es allerdings unbedingt nötig, den Arzt aufzusuchen und sich von ihm beraten zu lassen. Unsre heute gebräuchlichen Schlafmittel sind so hervorragend gut und so dosiert, dass niemand mehr Angst vor ihnen zu haben braucht. Es ist nicht mehr so, dass man bei ihrem Gebrauche gleich "süchtig" wird, denn Morphium und ähnliche Narkotika sind kaum noch darin vorhanden. Unsre Schlafmittel sind so zweckmässig, dass der Arzt für jeden Patienten, seinem Typ entsprechend, das geeignete Mittel wählen kann. Gelegentliche leichte Hautausschläge kommen wohl vereinzelt vor, sind jedoch leicht zu vermeiden, und die Angst vor ihnen sollte uns nie so beeinflussen, dass man darum überhaupt jedes Schlafmittel ablehnt. Wenn man dies Vorurteil erst einmal aus den Familien ausgerottet haben wird, dann wird viel erreicht sein. Durch einen ungestörten Schlaf können wir Entspannung und Erholung gewinnen, und mancher wertvolle Mensch würde energisch und kampfesfroh erhalten bleiben (der sonst völlig zusammenbricht), wenn der übermüdete, abgespannte Körper und Geist nicht glatt den Dienst versagte.

Bisher erschrecken die Patienten, wenn sie etwas von Brom hören, und verzessen ganz, oder glauben es nicht, wenn man ihnen versichert, dass z.B. im Bromural gar kein Brom enthalten ist, sondern dass es sich hier um ein ganz harmloses Baldrianderivat handelt. Oft wird auch übersehen, dass ein Gewöhnen an das Mittel in dem Sinne, dass man nun ohne Schlafmittel nie mehr schlafen könnte, nicht zu befürchten ist, wenn ein sachkundiger Arzt die Dauer festsetzt, während deren man das Mittel nimmt. Es wird nämlich verkannt, dass der Organismus, der wieder geregelt normal schläft, seine Nervosität verliert.

Die Schwierigkeiten, mit denen zu kämpfen ist, werden kleiner, erscheinen zum mindestennicht mehr übergross und verzerrt und beunruhigen daher auch den Geist nicht mehr so stark! Allmählich kommt das seelische Gleichgewicht wieder zustande, und es stellt sich die gemeinsame Bereitschaft zum Schlaf bei Körper und Geist ein, die naturnotwendig ist, und die allmählich jedes Schlafmittel wieder überflüssig macht. Denen, die immer glauben, dass sie überhaupt nicht schlafen, dass sie Nachts kein Auge zumachen, sei zu ihrer Beruhigung gesagt, dass diese Ansicht stark übertrieben ist. Eine ganz kurze Schlaflosigkeit während der Nacht, die womöglich nur 5 Minuten dauert, kommt ihnen vor, als handle es sich um Stunden.

Krankhafte Störungen des Schlafzentrums, wie bei der Encephalitis lethargica (sogenannte Kopfgrippe), sind freilich nicht zu beeinflussen, kommen aber auch verhältnismässig selten vor. Es ist noch nicht restlos geklärt, ob diese Gehirnerkrankung überhaupt zum Bilde der Grippe gehört oder nicht. Diese Störungen seien hier auch nur erwähnt, um ganz ängstlichen Gemütern dadurch den Unterschied zwischen nervöser Schlafbehinderung und Erkrankung des Schlafzentrums klar zu machen!

Dr.B.

Samstag Abends.^X

SPD. Meine Trambahn-Haltestelle liegt in der Vorstadt. Sie ist Teilstreckenausgangspunkt und darum im besonderen Masse täglich zu bestimmten Stunden unfreiwilliges Stelldichein derer, die nicht von ihren Zinsen leben und nicht per Buick ins Geschäft fahren können. Morgens zwischen 6 und 7 Uhr kommen die Arbeiter und Fabrikmädel; in der nächsten Stunde treffen sich die Angestellten von Büros und Kaufläden. Man sieht in der Regel die gleichen Gesichter und die gleiche Dürftigkeit und prüft an den bekannten Unbekannten, ob man früh oder spät daran ist. Hin und wieder bleibt einer aus. Der hat dann inzwischen den blauen Brief erhalten.

Doch am Samstag Abend ist das anders. Da habe ich einige Mühe, die mir wochentags so vertrauten Gesichter auf den ersten Blick wiederzuerkennen. Sie haben sich fein gemacht, meine alten, aber an Jahren meist jüngeren Bekannten, fein für Kino und Theater und Kaffeehaus, fein für das bisschen Vergnügen, das ihnen die paar Groschen Wochenverdienst noch gestatten. Einmal in der Woche will die kleine Verkäuferin auch gnädiges Fräulein sein, will von einem Kellner bedient werden und unter den Klängen der ungarischen Rhapsodie Limonade mit dem Strohalm schlürfen. Und während sie wie eine Prinzessin, die sich unter niedere Volk gemischt hat, an der Trambahn-Haltestelle umherstolziert, demonstriert ihr Freund die lässige Eleganz des Weltmannes dadurch, dass er seinen Ulster à la Willy Fritsch stets mit halb hochgestülptem Kragen trägt. Man darf sich doch nicht anmerken lassen, dass der noch nicht abbezahlte Mantel das schönste Stück im Schranke ist.

Die Zeiten sind vorbei, da Seidenstrümpfe das Privilegium der gnädigen Frau waren und das Hinterhaus Sonntags mit den abgelegten Kleidern des Vorderhauses Staat machte. Und das ist richtig so, Die Frau Oberamtman wurmt das zwar, und am Stammtisch ihres Mannes wird die schwere Wirtschaftslage gern aus den übersteigerten Ansprüchen dieser ewig unzufriedenen Proleten erklärt: "Man kennt doch überhaupt keinen Unterschied mehr zwischen arm und reich. Schauen Sie sich nur mal die Arbeiter von heutzutage an, wie die dahersteigen! Unser Dienstmädel ist nobler beisammen als meine Frau. Da kann ja Deutschland nicht mehr hochkommen."

Leider ist es doch noch nicht so weit. Es ist nämlich noch ein bescheidener Unterschied, ob einer hundert Mark im Monat verdient oder das Zehnfache,

ob der neue Anzug das einzige Stück im Schrank ist oder eins von einem Dutzend. Der Unterschied zwischen Konfektion und Mass gilt hier im wörtlichen wie im übertragenen Sinne. Dagegen fragt es sich, ob wir, nicht etwa den Andern, sondern uns selbst zuliebe, der Versuchung widerstehen sollen, die Allüren der sogenannten feinen Leute zu kopieren. Den politisch nicht völlig Ahnungslosen müsste man daran erinnern, dass der Wunsch, mehr zu scheinen als man ist, die Sucht, die grosse Welt nachzuäffen, eine typisch kleinbürgerliche Neigung ist. Die gute Stube soll den Salon, die Stechpalme den Wintergarten ersetzen. Beim Kleinbürger, vom Buchhalter und Ingenieur aufwärts, siegt oftmals die Bügelfalte über den knurrenden Magen. Zwischen zwei Klassen stehen, gehört er seinem Geldbeutel nach zur unteren, seiner Ideologie nach zur oberen Klasse. Er verzichtet lieber auf das Abendessen, um an der Bar einen Cognak trinken und so die Luft der sogenannten besseren Welt atmen zu können. Es ist sein tragikomisches Schicksal, auch da von zwei Seiten belächelt zu werden: vom Portier und vom Stammkunden.

Der Freund an der Haltestelle versteht mich vielleicht und klappt seinen Mantelkragen schmunzelnd herunter. Seine Freundin wahrscheinlich nicht. Sie hat weder zu Karl Marx kein Verhältnis. Sie begreift es nicht leicht, wenn sie hört, dass sie Wochentags in der Strassenbahn ohne aufgebrannte Pariser Locken und ohne die Talmi-Vornehmheit des Samstag-Abends viel hübscher ist als in der Konfektionseleganz des langen Abendkleids.

Das soll keine Mahnung zur Sparsamkeit, zur Genügsamkeit sein. Im Gegenteil. Wir sollen uns eben nicht mit dem Schein begnügen, nicht damit, einmal in der Woche so zu tun, als ob. Nur sollen wir uns auch am Samstag Abend zu uns bekennen, so kleiden, wie es uns gefällt, und nicht, wie dem Prinzen von Wales. Und wir sollen da nicht wie Anwärter auf den nächsten Generaldirektorsposten, nicht wie dollarschwere Ladies am Kaffeestaub thronen, während wir uns insgeheim überlegen müssen, ob das Geld zur Heimfahrt noch reicht. Ueberlassen wir dieses Theater dem Kleinbürger, dessen Lebensinhalt nun einmal Selbstbetrug ist! Er will immer imponieren und merkt nicht, dass er sich dabei nur blamiert.

Wilh. Lukas Kristl.

SPD. Das "Ohr" der Insekten.^X Durch verschiedene Versuche an Heuschrecken und Grillen ist mit Sicherheit festgestellt worden, dass die Insekten einen Gehörsinn besitzen. Er befindet sich allerdings nicht, wie häufig angenommen wird, in den Fühlern, sondern in dem sogenannten tympanalen Sinnesorgan, das seinen Sitz in den Schienen der Vorderbeine hat. Durch verschiedene Experimente wurde z.B. einwandfrei nachgewiesen, dass Grillenweibchen mit Hilfe dieses Organs das Zirpen der Männchen vernehmen.

SPD. Radio und Körpertemperatur.^X Die amerikanische Forscherin Dr. Hosmer hat feststellen können, dass sich bei Personen, die sich in der Nähe eines Radio-Senders für Kurzwellen von 5 m Länge befanden, die Körpertemperatur innerhalb von 5 Minuten messbar erhöhte. Es wird die Möglichkeit erwogen, diese Tatsache in der Medizin zu verwenden, um unter Umständen künstliches Fieber zur Heilung verschiedener Krankheiten erzeugen zu können.

Preussischer Landtag

269. Sitzung.

SPD. Berlin, den 1. Januar 1932.

Im Preussischen Landtag fand am Donnerstag zunächst eine Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag statt, der sich gegen Verzettelung von öffentlichen Mitteln durch den Reichsausschuss für Bienenzucht wendet. Das Staatsministerium wird ersucht, seinen Einfluss im Reichsausschuss dahin geltend zu machen, dass Verluste öffentlicher Mittel soweit wie irgend möglich vermieden werden, die Absatzförderstellen in von der Imkerei getragene genossenschaftliche Einrichtungen umgewandelt werden, und die damit überflüssig gewordene und nur unnötig zu Lasten der Bienenzucht grosse Kosten bereitende Geschäftsstelle des Reichsausschusses aufgehoben wird.

Abg. Jürgensen (Soz) begründet den Antrag. Er erklärt, dass der im Jahre 1929 gegründete Reichsausschuss erhebliche öffentliche Zuwendungen erhalten habe, die durch die Art der Absatzorganisation in Verlust zu geraten drohten. Anstatt sich auf die Schaffung einiger lebensfähig auszugestaltender Stellen zu beschränken, habe man für den Absatz deutschen Honigs 18 Förderstellen eingerichtet, die z.T. nur ganz geringe Umsätze zu verzeichnen hätten. Unter Vorwürfen gegen den deutschnationalen Abg. Kickhöffel forderte der Redner Abbau des Reichsausschusses.

Abg. Kickhöffel (Dnat), der in der Geschäftsstelle des Reichsausschusses tätig ist, weist die Angriffe des Vorredners zurück. Er sei von dem damaligen Reichsernährungsminister Dietrich und nicht von einem Parteifreunde in den Reichsausschuss berufen worden.

Abg. Kahmann (Komm) bedauert, dass die Imker nicht persönlich die Ausführungen der beiden Vorredner hätten mitanhören können. Sie hätten sonst leicht gemerkt, dass auch hier wieder die öffentlichen Mittel nicht den Arbeitsbienen, sondern den zweibeinigen Drohnen im Reichsausschuss zugute gekommen seien.

Abg. Gauger (Landvolk) nimmt gegen den Abg. Jürgensen Stellung. Es wäre vielleicht für eine leistungsfähige Honigzentrale besser gewesen, wenn sie durch das Fehlen von Staatsbeihilfen vor den Freunden des Herrn Jürgensen bewahrt geblieben wäre. Die durch den sozialdemokratischen Antrag hervorgerufene Aussprache habe die Stellung des Abg. Kickhöffel im Reichsausschuss gestärkt, obwohl das Gegenteil in der Absicht der Antragsteller lag.

Abg. Schmelzer (Ztr) betont, dass das Zentrum nur dem ersten Teil des sozialdemokratischen Antrags zustimmen werde, wonach Verluste an öffentlichen Mitteln soweit wie irgend möglich vermieden werden sollen. Die öffentlichen Mittel für die Bienenzucht müssten sehr sorgfältig verteilt werden. Mit der Arbeit des Reichsausschusses sei das Zentrum zufrieden und werde daher den weiteren Forderungen des Antrages nicht zustimmen.

Abg. Pischke (DVP) erklärt, dass die Imkerschaft den sozialdemokratischen Antrag ausserordentlich bedauere, da sie nicht wünsche, dass die sachliche Arbeit in ihrer Organisation zu parteipolitischer Hetze missbraucht werde. Die jetzige Leitung habe sich verdient gemacht durch die Heranziehung des freien Handels für den deutschen Honig. Die sozialdemokratischen Anwürfe reichten an die Organisation nicht heran.

In der Abstimmung wird der erste Teil des Antrages, wonach Verluste an öffentlichen Mitteln soweit wie irgend möglich vermieden werden sollen, angenommen, während die übrigen Forderungen des Antrages der Ablehnung verfallen.

Das Haus beschäftigt sich dann mit einem Antrag des Verfassungsausschusses, der das Staatsministerium ersucht, anzuordnen, dass die öffentlichen Gebäude in Preussen am Volkstrauertag, den die Staatsregierung bestimmt,

Landtag, Blatt 2.

Halbmast flaggen.

Auf der Tagesordnung steht dann die Beratung der preussischen Notverordnungen, wozu zahlreiche Anträge vorliegen.

Ministerialdirektor Klausener bezeichnet die Behauptung des Abg. Kasper (Komm.) in der Mittwoch-Sitzung des Landtags über die angebliche Mitgliedschaft von Berliner Schutzpolizeioffizieren bei der NSDAP. als unrichtig. Die vom Abg. Kasper namentlich genannten Offiziere hätten, soweit sie heute erreichbar waren, die positive und eindeutige Erklärung abgegeben, dass sie keinerlei irgendwie geartete Beziehungen zur NSDAP. haben oder gehabt hätten. Der Minister des Innern habe Wert darauf gelegt, diese Erklärung bei der ersten sich bietenden Gelegenheit im Landtag abgeben zu lassen.

Abg. Steuer (Dnat.) erklärt, dass die Notverordnungsmethode der Reichs- und der preussischen Staatsregierung einem völligen Ignorieren der Reichsverfassung, der Länderverfassungen, aller Bestimmungen über die Selbstverwaltung und im Grunde überhaupt der gesamten Gesetzgebung gleichkomme.

Abg. Kasper (Komm.) hält gegenüber der Regierungserklärung seine Behauptung über die Beziehungen von Berliner Schutzpolizeioffizieren zur NSDAP aufrecht. Die preussische Regierung habe, so betont der Redner in seiner ausführlichen Kritik an den preussischen Notverordnung, mit diesen arbeiterfeindlichen Massnahmen wieder bewiesen, dass sie ein williges Werkzeug der reaktionären Brüning-Regierung sei.

Ein kommunistischer Antrag auf Herbeirufung des Innenministers wird nicht genügend unterstützt.

Gegen 18 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt.
